

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. November 1920

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 129

### Beschlußprotokoll

über die Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker vom 25. Oktober 1920 und folgende Tage in Berlin

#### Siebenter Verhandlungstag

(Montag, den 1. November)

Nachdem inzwischen von der Gehilfenvertretung, entsprechend dem Ausgange der Plenarverhandlung vom Sonnabend, dem 30. Oktober, das Reichsarbeitsministerium zum Zwecke der Befestigung einer Erhöhung der bisherigen Feuerungszulage angerufen worden ist, beraten die Parteivertreter im Laufe des heutigen Verhandlungstages geschlossen.

Für Dienstag, vormittags 11 Uhr, ist eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium angelehnt, und an derselben sollen von beiden Parteien je vier Vertreter teilnehmen.

#### Achter Verhandlungstag

(Dienstag, den 2. November)

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium werden unter Leitung des Ministerialrats Professor Dr. Brahn geführt, und zwar in unverbindlicher und vertraulicher Form. Die Verhandlungen nahmen etwa fünf Stunden in Anspruch, zeitigten eine Menge neuer Einigungsvorschläge, verbunden mit Verhandlung einiger Hauptfragen des neuen Tarifs. Eine Einigung zwischen den Parteivertretern wird nicht erzielt. Es wird deshalb die Bildung eines Schiedsgerichts unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministers beschlossen, das am andern Tage mittags 1 Uhr zwecks Fällung eines Schiedsspruchs über die Höhe der Feuerungszulage zusammenzutreten soll. Die Parteivertreter erklären jedoch auf Vorschlag des Geschäftsführers des Tarifamts, daß sie demselben noch einmal Gelegenheit geben wollen, in Sonderberatungen mit den Parteien und im Plenum weitere Vermittlungsvorschläge zu machen, und von dem Ergebnisse dieser Aussprache soll die Sprachschnahme des Schiedsgerichts abhängig gemacht werden.

Die Sonderberatungen der Parteien und die zwischen denselben geführten Vermittlungen dehnen sich bis in die späten Abendstunden aus, bringen die Parteien einander zwar näher, aber zum Abschluß einer Verständigung kommt es nicht. Nach Anhörung der verschiedensten Vermittlungsvorschläge wird beschlossen, am nächsten Verhandlungstage früh 9 Uhr nochmals zu Sonderberatungen und eventuell im Plenum zusammenzutreten.

#### Neunter Verhandlungstag

(Mittwoch, den 3. November)

Die Parteivertreter versammeln sich wiederum zu besonderen Besprechungen; es wird herüber und hinüber vermittelt, und schließlich tritt noch einmal die Kommission zusammen, die bereits die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium geführt hat.

Nach stundenlanger Beratung gelingt es endlich dieser Kommission, eine Übereinstimmung in der Frage der Feuerungszulage zu erzielen, und aus dieser Verhandlung ergibt sich der nachstehende

#### Einigungsvorschlag:

An neuer wöchentlich Feuerungszulage sind den Gehilfen zu zahlen an allen Orten  
in Lohnklasse A (im Alter bis zu 21 Jahren) 10 Mk.  
in Lohnklasse B (im Alter von 21 bis 24 Jahren) 15 Mk.  
in Lohnklasse C (im Alter über 24 Jahre) 20 Mk.  
Diese Beträge sind auf die heutigen Löhne zu zahlen, und zwar mit Wirkung ab 1. November.

Die neue Feuerungszulage hat Gültigkeit bis zum 31. März 1921. Wird sie nicht mindestens vier Wochen vorher gekündigt, so läuft sie stillschweigend weiter, kann aber unter Wahrung einer Frist von vier Wochen auf das Ende eines jeden Kalendermonats gekündigt werden.

Seit dem 15. September betr. obsweise oder drücklich gewährte Sonderzulagen können mit der neuen Feuerungszulage verrechnet werden.

Besüglich einer etwaigen Verrechnung im bestehenden Gehalt und soweit es sich um bereits früher gezahlte höhere Feuerungszulagen handelt, sind die Kreisämter bzw. das Tarifamt als letzte Instanz zuständig.

Die Entschädigung für Lohnausfall bei verkürzter Arbeitszeit wird bis zum 31. Dezember d. J. mit 25 Proz. weitergezahlt, ab 1. Januar bis 31. März 1921 mit 20 Proz., ab 1. April bis 30. Juni 1921 mit 15 Proz., vorbehaltlich etwa noch ergehender gesetzlicher Bestimmungen. Entsprechend der Staffelung der Gehilfenfeuerungszulage nach Altersklassen ist die Feuerungszulage für Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter wie folgt beschlossen worden: Weibliche Hilfsarbeiter im Alter bis zu 21 Jahren 6 Mk., Männliche Hilfsarbeiter im Alter bis zu 21 Jahren 8 Mk., Weibliche Hilfsarbeiter im Alter von 21 bis 24 Jahren 9 Mk., Männliche Hilfsarbeiter im Alter von 21 bis 24 Jahren 13 Mk., Weibliche Hilfsarbeiter im Alter über 24 Jahre 12 Mk., Männliche Hilfsarbeiter im Alter über 24 Jahre 17 Mk. (Beszüglich der Ausführungsbestimmungen gilt das Vorstehende.)

Zum Ausgleich für die erhöhte Feuerungszulage werden die bezüglichen Preise für Herstellung von Druckblättern um 5 Proz. erhöht.

Zur Entgegennahme dieses Einigungsvorschlags wird das Plenum zusammenberufen.

Nach mehrstündiger Verhandlung wird der Einigungsvorschlag der Kommission mit allen gegen zwei Stimmen zum Beschluß erboten. Zu Protokoll wird bezüglich der zu verrechnenden Sonderzulagen erklärt, daß unter Sonderzulagen nicht zu verstehen sind Lohnerhöhungen und die Gewährung von Lebensmitteln, Brennstoffen u. dergl.; ferner wird erklärt, daß in wesentlicher Höhe gewährte besondere Zulagen, deren Verrechnung die Gehilfen wochenlang um den Bezug der Feuerungszulage bringen würden, nicht zur Verrechnung kommen können.

In einer Aussprache darüber, wie nun weiter in den Verhandlungen vorzugehen werden soll, macht der Geschäftsführer den Vorschlag, daß im Laufe dieser Woche im Plenum noch über die Hauptbestimmungen des neu zu schaffenden Tarifs verhandelt werden möchte, und daß die zu diesen Hauptbestimmungen gehörenden Nebenbestimmungen verschiedenen Kommissionen zur Beratung und Befestigung zugewiesen werden sollen. Eventuell müßte diesen Kommissionen Beschlußrecht eingeräumt werden. Die aus der Beratung dieser Kommission sich ergebenden Beschlüsse sollten dann vom Tarifamt zu einem neuen Lohnarrest zusammengestellt und den Mitgliedern des Tarifausschusses zur Kenntnisnahme zugestellt werden. Dem Tarifausschusse läge alsdann die Pflicht ob, zur Beschlußfassung über den neuen Tarif zusammenzutreten.

Es wird beschlossen, über die Anregung am nächsten Sitzungstage zunächst im Plenum zu verhandeln.

Hierauf werden die Verhandlungen gegen 5 Uhr nachmittags geschlossen.

#### Zehnter Verhandlungstag

(Donnerstag, den 4. November)

Der Vorsitzende eröffnet die Plenarverhandlung mit der Mitteilung, daß Professor Brahn vom Reichsarbeitsministerium nach dem Stande der Angelegenheit Anfrage gehalten hätte, und daß derselbe nach Entgegennahme des Berichts des Bureau ersucht habe, den Tarifausschub zu der erfolgten Verständigung zu beglückwünschen und seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß das Buchdruckgewerbe sich wiederum ohne Inanspruchnahme eines Schiedsgerichts den gewerblichen Frieden gesichert hätte.

Ferner macht der Vorsitzende davon Mitteilung, daß der Gehilfenvertreter Herr Hemmerich zufolge schwerer Erkrankung in seiner Familie aus den Verhandlungen abberufen worden sei und daß an seine Stelle sein Stellvertreter, Herr Söldner (München), treten werde. Der Vorsitzende gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Beschlüsse, die Anlaß zur sofortigen Abreise des Herrn Hemmerich gegeben hätten, nicht zustreffen möchten.

Es wird nunmehr in eine Verhandlung darüber eingetreten, wie die vorliegende Tagesordnung und die Beratung des neuen Tarifs zu Ende geführt werden sollen. Prinzipalsseitig wird vorgeschlagen, im Laufe dieser Woche noch im Plenum über die Hauptfragen zu verhandeln und den übrigen bestehenden Teil des Beratungsmaterials und den Aufbau eines neuen Tarifs einer Kommission zu unterbreiten, die ihre Aufgabe dergestalt zu erledigen hätte, daß bereits am 15. November der Tarifausschub wieder zusammenzutreten und Beschluß über den Inhalt des neuen Tarifs fassen könnte.

Seitens des Geschäftsführers wird beantragt, einige Hauptfragen zwar im Plenum noch zu verhandeln, alsdann aber das gesamte Beratungsmaterial mehreren Kom-

missionen zur Erledigung zu überweisen und den Tarifausschub bis zur endgültigen Beschlußfassung zusammenzuballen.

Die Parteivertreter münchsen, sich über die gebörten Vorschläge zunächst gesondert zu beraten, und der Tarifausschub soll um 10<sup>1</sup> Uhr zu gemeinsamer Beratung wieder zusammenzutreten.

Nach Wiederezusammentritt des Tarifausschusses wird zunächst eine Aderentscheidung darüber erzielt, drei Kommissionen zu bilden, denen der Aufbau des Tarifs nach den vorliegenden Anträgen übertragen werden soll. Danach sollen der Kommission 1 die „Allgemeinen Bestimmungen“ überwiesen werden; der Kommission 2 der materielle Teil, Lohnordnungen, Lohnstunden; der Kommission 3 Maschinenfuß und Maschinenbelegung.

In die Kommissionen werden gewählt:

In Kommission 1 von Prinzipalsseite: Dr. Petersmann, Dr. Gaber, Dr. Klinkhardt, Dr. Heimann, Dr. Breithaupt, Seemann, Schloffer, Otto, Graf, Frische; von Gehilfenseite: Seif, Strahl, Braun, Dreher, Reptsch, Schräner, König, Malini, Runkler, Klein, Flebner, Bekram; für die Hilfsarbeiter: Pucher und der Geschäftsführer des Tarifamts.

In Kommission 2 von Prinzipalsseite: Säuberlich, Scholem, Heppeler, Klapp, Wolf, Eichenburger, Westmann, Griese, Friedrich; von Gehilfenseite: Klebebeck, Jeh, Pudlich, Bernoth, Reissner, Gröning, Rosenbruch, Prox, Bogner.

In Kommission 3 von Prinzipalsseite: Ullstein, Dr. Anstalt, Winkler, Ubring, Bedier, Diers, Thalacker, Fischer, Rautenberg; von Gehilfenseite: Kraus, Reinkie, Alarich, Erbl, Reuland, Reichmann, Külle, Jaleski, Glinn; für die Hilfsarbeiter: Sorntke.

Seitens der Hilfsarbeiter wird beantragt, daß in ihrer Angelegenheit in einer besonderen Kommission beraten wird, und zwar nachdem der materielle Teil des Gehilfenarifs erledigt sei. Es wird beantragt, von jeder Partei sieben Mitglieder in diese Kommission zu ernennen. Bei dieser Gelegenheit wird übereinstimmend festgesetzt; daß auch die Gehilfen in dieser Kommission vertreten sein müssen.

Beschlossen wird ferner, daß sämtliche Kommissionen zunächst von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr tagen, und daß nach 12 Uhr und 5 Uhr die Parteien wieder zu Sonderberatungen zusammenzutreten hätten.

Besüglich Aufbesserung der Entschädigung für Lehrlinge, die nach der Lehrplangordnung bereits vorgesehen ist, soll noch besonders Beschluß gefaßt werden. Beantragt wird vom Geschäftsführer: in Orien bis zu 12<sup>1</sup> Proz., den Lehrlingen ein Zehntel der Gehilfenfeuerungszulage von 15 Mk., in Orien von 15 bis 25 Proz. ein Zehntel der Gehilfenfeuerungszulage von 20 Mk. zuzusprechen. Die Beschlußfassung hierüber wird ausgesetzt.

### Das Buchgewerbe im Auslande

#### Internationales Buchdruckersekretariat

Aus dem uns zugegangenen Protokoll der Sitzung der Sekretariatskommission in Bern vom 21. Oktober sei ein kurzer Auszug hier wiedergegeben. Aber eine Delegation zur Generalversammlung des Ungarischen Buchdruckerarbeitsverbandes in Budapest wurde beschlossen, den internationalen Sekretär zu entsenden, wenn er auch der Konferenz von Delegierten aus den jugoslawischen Staaten Teilwohnen kann, die gleich nach dieser Versammlung in Belgrad zusammenzutreten soll. Eine Einladung zur Feier der 50jährigen Gründung der Sektion Rom des Italienischen Buchdruckerarbeitsverbandes wurde mit einem Glückwunschschreiben beantwortet. Aber die Frage einer Beteiligung am Internationalen Gewerkschaftskongress in London wurde beschlossen, einen Kollegen aus einem anderen Verbandsgebiete um Übernahme des Mandats des Internationalen Buchdruckersekretariats zu eruchen. Die Kommission stimmte dem Aderentschließen zu, das die internationalen Sekretäre der Lithographen, der Buchbinder und der Buchdrucker bei ihrem Zusammenkommen bei der Internationalen Buchdruckerkonferenz in Wien besprochen haben. Es handelt sich neben gegenseitiger Unterstützung in der Tätigkeit darum, daß die ganze Buchindustrie umfassenden Verbände dazu angehalten werden, die Arbeiter der drei Berufe bei ihrem Internationalen Sekretariat

ariat anzumelden und für sie die Beiträge zu entrichten. Der Sekretär berichtete, daß drei weitere Bucharbeiterorganisationen betreffs Beitritt an das Internationale Sekretariat herangefahren sind. Sie wurden mit den nötigen Bruchstücken und allen weiteren Informationen versehen. Die Sekretariatskommission nahm Kenntnis davon, daß die Vorstände der Buchdruckerverbände in der Schweiz, in Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden die Summen bereits eingeholt haben, die sie für sich selbst und als Vorläufer für die Verbände mit niedriger Valuta abgeben. Verschiedene Angelegenheiten von sekundärer Bedeutung werden eingehend besprochen und dem Sekretär zur Erledigung überlassen. So hat die Kommission auch konstatiert können, daß die Kollegen mancher Verbändegebiete der Ansicht zu sein scheinen, das Internationale Sekretariat hätte sich auch mit der Stellenvermittlung zu befassen. Das ist natürlich nicht der Fall, weshalb es zweifelhaft erscheint, Anfragen wegen Stellenvermittlung und was damit zusammenhängt, an das Internationale Buchdruckersekretariat zu richten.

**Österreich.** Weniger die eigne Einsicht und das profanistische Massenbewußtsein als vielmehr die Not der Zeit, die auch die Geldschleier, Faktoren, Obermaltheimmeister usw. in ihren Wirkungskreis mit einbezieht, hat namentlich das Selbstbeständliche zuwege gebracht: der österreichische Faktorenbund ist nämlich der österreichischen Gewerkschaftskommission als Mitglied beigetreten und bildet mit ihr die 47. Organisation der in der Arbeiterzentrale angeschlossenen Verbände. Der österreichische Faktorenverband stand lange Zeit der Gehilfenorganisation gewissermaßen feindselig gegenüber und wurde dadurch die Blindheit der Unternehmer. Nun sind die Faktoren bezüglich Wahrung ihrer Interessen schon seit langem im Hinterfeld gekommen, die Prinzipale zeigen sich auch ihnen gegenüber immer mehr zugeknöpft. Dadurch sind sie nun auf den einzig richtigen Weg gedrängt worden. Nur im Vereine mit der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft wird es ihnen möglich sein, ihre Interessen wirkungsvoll zu vertreten. Die österreichische Gehilfenchaft begrüßt diesen Schritt auf das freudigste und hofft namentlich in gedeihlichem Einmüte für beide Teile gemeinsam wirken zu können.

Das Wiener tschechische Parteiblatt ist von einem schweren Verfall ereilt worden: in der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober ist in seinen Lokalkästen eingebrochen worden, und die Einbrecher haben den ganzen so mühselig aus den Spenden der tschechischen Arbeiterkraft angesammelten Fonds für das Blatt geraubt; nicht weniger als 485000 Kr. und 25000 tschechische Kronen dazu sind damit verloren gegangen. Die Einbrecher, die sich in den Räumen offenbar gut auskannten, sind in den Gang, in dem sich die Gehilfenkassette befindet, durch das Fenster über dem Eingang eingedrungen. Mit einem Nachschlüssel öffneten sie die Tür; die eiserne Kasse ließen sie auf; die Kasse neben den Schlüsseln wurde mit Feuer erweicht, dann angebohrt und die Schlösser herausgenommen. Die Wertpapiere und Sparbankbücher liegen in den Taschen; das vorhandene Geld nahmen sie mit. Das Blatt steht für die Ausforderung der Täter 10 Proz. der geraubten Summen aus; hoffentlich gelingt es, die Verbrecher zu finden und das Arbeiterblatt vor dem schweren Verfall zu bewahren.

**Schweiz.** Die Arbeitslosigkeit nimmt auch in der Schweiz nach und nach unheimliche Formen an. Alles stockt. Diese außerordentlichen Verhältnisse haben das Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes veranlaßt, die Dauer der Konditionslofenunterstützung auf 96 Tage auszudehnen, so daß also die Konditionslofen vier weitere Wochen unterstützt werden. Zur Deckung der Mehrausgaben wird eine Extraleihe von 20 Cts. pro Woche von 16. Oktober ab erhoben. Auch der schweizerische Bundesrat hat in Anbetracht der allgemeinen Krise beschloffen, den Arbeitslofen die am 18. Mai 1920 eingeführte Arbeitslofenunterstützung vom 11. Oktober an wieder im früheren Ansätze zu gewähren.

**Dänemark.** Aus Nordschleswig schreibt uns wachsende Verwirrung über den allgemeinen Informationskollege -1 (Zondern) folgendes: Mit der auf Grund des Versailler Friedensvertrages erfolgten Abtretung des größten Teiles von Nordschleswig an Dänemark hat man in den Spalten des „Korr.“ so gut wie nichts von dem Ergehen der feinerzeit mit nach Dänemark hinübergewechselten ehemaligen deutschen Verbandskollegen vernommen. Es müßte deshalb an Hand eigener Wahrnehmungen einmal darüber Betrachtungen angestellt sein. Daß wir hier nie und nimmer die Fühlung mit der reichsdeutschen Kollegenschaft verlieren dürfen, dafür sind zwingende Gründe genug vorhanden. Bis zur Einlieferung der Internationalen Kommission war Nordschleswig ein Teil des Reichsgebietes, für das der allgemeine deutsche Buchdruckerkongress Geltung hatte. Als befreites Gebiet, das vor der Abtretung stand, machte sich hier gar bald eine wirtschaftliche Instabilität bemerkbar, die zu einer sprunghaftigen Steigerung der Kosten für den gesamten Lebensunterhalt führte, mit der die Arbeitslöhne aller Arbeiterschaften, nicht zuletzt auch der Buchdrucker, nicht Schritt zu halten vermochten. Außerhalb des Rahmens des Tarifs sah sich deshalb die Kollegenschaft genötigt, mit Wohnordnungen an die Prinzipalität heranzutreten. In friedlicher Vereinbarung erzielte sie wiederholte wesentliche Verbesserungen, blieb jedoch noch immer gegenüber der Arbeiterschaft anderer Branchen, die es bereits zum Teil auf einen Stundenlohn von 7,50 Mk. gebracht hatte, mit ihren 5 Mk. im Hinterfeld. Es leidet, gestützt auf eine Entscheidung des Reichsrats der Internationalen Kommission, der einen Stundenverdienst von 7,50 Mk. als das mindeste gezeichnete, was zum Leben unbedingt notwendig ist, eine allgemeine Bewegung zur Eringung eines Einheitslohnes in ge-

nannter Höhe ein. Während fast alle Gewerkschaften diese Forderung kampflos durchsetzen, kam es im Buchdruckerberuf darob zu einem erbitterten Kampfe. Wohl endigte dieser Kampf nach einer Dauer von drei Wochen mit einem vollen Siege, allein kurze Zeit danach war durch die willkürliche zur Einführung gelangte Kronenwährung das Kampfobjekt gegenstandslos geworden. Statt dessen kam es wegen der immer noch anhaltenden Teuerung zum Generalkrieg. Dem sich jedoch die Kollegen schaff, des ewigen Kampfes müde, widerlegte, schließlich aber doch dem Strängen der übrigen Arbeiterschaft nachgab. Der Generalkrieg verlief bekanntlich, wie vorausgesehen, durch das brutale Eingreifen der dänischen Regierung, die zur Verhütung und Ausweisung aller führenden Männer schritt, ergebnislos. So lagen die Verhältnisse, als im April 1920 die endgültige Abtretung Nordschleswigs an Dänemark vollzogen wurde. Damit gewann für das einverleibte Gebiet der dänische Provinzialkongress Geltung. Fern jeder chauvinistischen Tendenz, die wohl keinem gewerkschaftlich geschulten Buchdrucker eignet, kann ohne Bedenken ausgesprochen werden, daß sich unsere Zukunft nicht gerade rosig gestaltet. Soweit wir deutscher Zunge sind, werden wir wohl früher oder später das Los der polnischen Kollegen teilen und den Staub von den Füßen schütteln müssen. Die nahe Grenze einerseits, die Ausbreitung der dänischen Sprache andererseits werden den deutschen Kollegen zum Verhängnis. Da fast alle größeren Firmen ihre Druckereien in Teutschland herstellen lassen, herrscht in den Druckereien ohne nie gekannte Eile. Infolge des niedrigen Standes der deutschen Mark und des minimalen Lohnes (10—20 Ore pro Kilogramm) kann jede Druckerei heute und zollfrei für die Fülle des dänischen Buchdruckpreziositäts geliefert werden. Hauptächlich Flensburger Firmen nähern die Konkurrenz gründlich aus, indem sie durch ihre Reisenden systematisch alle Druckereien einsammeln lassen, so daß nur die eiligen Augenblicksaufträge im Lande bleiben. Schon beginnen die Buchdrucker ihren Personal zu vernichten. Die Sozialabteilung tendiert des „Dansk Typografers Forbund“ hat drunten in einer Verammlung beschloffen, die Initiative ergreifend. Protest gegen die Einfuhr von Druckereien aus Teutschland zu erheben. Auch die Prinzipalität Zondern hat sich diesem Protest angeschlossen und die ganze Buchdruckerwelt der ehemaligen ersten Zone zum Anschlag eingeladen. Inzwischen diese Aktion zweckdienlich und von Erfolg gekrönt sein wird, bleibt abzuwarten. Nicht unerwähnt zu gehen muß schließlich werden, daß wir als nummehrige Mitglieder des „Dansk Typografers Forbund“ weitgehendes Gegenkommen gefunden und keine Klagen zu irgendwelcher Beschwerde haben. Das soll uns jeden nicht abhalten mit unserer reichsdeutschen Kollegenchaft, mit der uns geistige und geistliche Bande verknüpfen, nach wie vor treue Freundschaft zu halten.

Die achte Generalversammlung des dänischen Verbandes wurde am 16. August und folgende Tage im „Teknologisk Institut“ in Kopenhagen abgehalten. Es waren 174 Delegierte, 21 vom Vorstande sowie 10 Gäste, im ganzen 205 anwesend. Eine lange Debatte wurde geführt über die Zahlung der 30000 Kr., zu der die Kopenhagener Abteilung vom ersten Schiedsgerichtes verurteilt war im Anlaß des Streites in Kopenhagen. Bei der namenslichen Abstimmung, ob die Kopenhagener Abteilung die Summe selbst oder der Verband die Kosten tragen sollte, waren 94 für und 94 dagegen. Die Frage soll durch Landesabstimmung entschieden werden. Der Vorschlag um Antritt aus den vereinigten Fachverbänden (Gewerkschaftszentrale) wurde mit 113 gegen 74 Stimmen verworfen; soll auch durch allgemeine Abstimmung entschieden werden. Der Verbandsvorsitzende Viktor Petersen tritt nach 36jähriger Tätigkeit innerhalb der Organisation zurück. Die dänischen Kollegen stifteten aus diesem Anlaß ein Legat von 10000 Kr. mit seinem Namen und der Bestimmung, daß die Zinsen nach seinem Wunsche verwendet werden sollen, gleichzeitig wurde er zum Ehrenmitglied des dänischen Verbandes ernannt. Als sein Nachfolger wurden die Kollegen Schröder und Jensen vorgeschlagen; gewählt wurde in der Landesabstimmung Julius Schröder als Vorsitzender des dänischen Verbandes, Laurentius Jensen als Vorsitzender der Arbeitslofenkassette; bisher waren beide Posten in einer Person vereinigt.

Am 2. Oktober trat das neue Verbandsstatut in Kraft. In der Krankenunterstützung trat keine Änderung für Kopenhagen ein. In der Provinz erhöht sich das Krankengeld auf 6 Kr. pro Tag für vollqualifizierende Mitglieder. Die erkrankte Hülfskassette für Arbeitslofen zahlte 4 Kr. pro Tag für vollqualifizierende Mitglieder. Die statutenmäßige Arbeitslofenunterstützung wird nicht erhöht. Dagegen erhöht sich die Bezugsdauer von 90 auf 140 Tage für die Mittelalter, die zur Zeit berechtigt sind zu 4 Kr. oder 3 Kr. 50 Ore pro Tag. Die Umzugsbeihilfe ist erhöht bis zu 75 Kr. Die Begräbnisbeihilfe ist ebenfalls erhöht auf alle Fälle sowohl für Kopenhagen wie für die Provinz. Der Beitrag beträgt für Kopenhagen 4 Kr. 5 Ore sowie 45 Ore Lokalbeitrag — 4,50 Kr. Für die Provinz 3 Kr. 75 Ore sowie der Lokalbeitrag.

## Zur Weltsprache

Die in Nr. 123 des „Korr.“ erschienene Notiz „Eperanto oder Ido?“ ist gelehrt, Verwirrung in die Köpfe angehende Weltsprachen zu bringen. Deshalb seien hier einige grundlegende Tatsachen festgehalten. Die Original-Eperantoprasche ist absolut logisch aufgebaut. Ihre Internationalität kann wohl kaum übertrieben werden betreffs der Wortwurzeln. Die heutige Verbreitung ist absolut international. Selbst die chinesische Revolutions-

regierung gab ihre offizielle sozialistische Zeitung in chinesisch und „Eperanto“ heraus, trotz chinesischer Schrift und Zeichenschrift. Und da sollte „Eperanto“ an Schreibmaschine und Telegraph zugrunde gehen? Man sollte doch eine Weltsprache nicht lieblich durch die deutsche Brille betrachten. Dem Urheber des jüdischen Artikels ist Schein's nicht bekannt, daß zahlreiche Handelsfirmen im Besitz der sechs erforderlichen Schreibmaschinensysteme sind und fleißig daraufhin korrespondieren. Aber dies nur nebenbei. Der Kernpunkt, daß ich als Weltsprachler mich ausgerechnet für „Eperanto“ ins Zeug lege, liegt tiefer. Aus dem Original-Eperanto sind verschiedene „verbesserte“ Systeme hervorgegangen, darunter auch „Ido“ (heißt: Abkürzung). Auch gibt es schon wieder ein „verbessertes Ido“. Wo soll die Weltsprache zuletzt enden, wenn wir zusehen sollen, wie ehrgeizige oder geschäftshaberlich veranlagte Leute einzeln an der Weltsprache herumfuchteln? Wer erlircht die Weltsprache will, der sammle sich unter dem Banner der schon jetzt in aller Welt lebenden Einheitsprache „Eperanto“. Einzelne Vervollkommnungen können nur von der internationalen Eperantokongress bestellten Kommission vorgenommen werden. Wir brauchen nicht zu warten, bis die der Arbeiterbewegung feindselig geneigte „Wissenschaft“ uns eine Weltsprache präsentiert. Wir haben sie, und an uns liegt es, sie zu gebrauchen. Eperanto hat sich auf internationalen Kongressen gänzlich bewährt. Im Ausland ist nach Prüfung der verschiedenen Systeme Eperanto offiziell in Schulen eingeführt. Das Leipziger wie das Frankfurter Meßamt geben einen Mehrführer in Eperanto heraus. Dies wenige aus den realen Tatsachen mag dem angehenden Weltsprachler genügen, zu entscheiden, welcher Weg zu gehen ist. Lernen wir aus der parteipolitischen Zerstückelung. Eperanto hat sich bereits die Welt erobert, und eifern wir den uns in dieser Sache Welt voraus-eisenden fremden Ländern nach, uns allen zum Heil!  
Leipzig. U. v. b. Feld.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Dresden.** In der Versammlung am 13. Oktober berichtete Kollege Baumeister als Mitglied des Beirats über den Betriebsrätekongress. Er freute sich eifrig über das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes, besonders die beständige Mitarbeit der Gewerkschaften, und würdigte auch anerkennend die Schlichtung der Hof der deutschen Arbeiter und ihrer Ursachen eingehend die Arbeit des Kongresses. Diese Arbeit und das Betriebsrätegesetz könne nur eine einzige, vollständig geschlossene Arbeiterschaft vollständig auswerten. Die Kollegen Siebler und Brenner stellten gegenüber dem Kongress andere Theorien über die Ursachen unres wirtschaftlichen Niederganges auf und begründeten ausführlich ihre Behauptung, daß die Sozialisierung im Sinne des Kommunismus nur politisch auf dem Wege der Diktatur des Proletariats zu erreichen sei. Sauvorfieber Freitag verteidigte die Haltung der Gewerkschaften. Die Dypollition überlebe bei ihren Forderungen die andauernde Bedrückung durch unsere ehemaligen Kriegsgegner, die uns freies Handeln nicht ermöglichen. Zur Berliner Auslieferung nahm die Versammlung Stellung in einer Entschließung, die den Berlinern volle Unterstützung verspricht. Die Versammlung billigte auch die Maßnahmen des Sauvorfieberes gegen das ungesetzliche Verhalten der Dresdener Prinzipale gegenüber unserer Lehrlingsorganisation. Weiter wurde Kenntnis genommen von dem Vorhaben einiger Ortsvereine im Gau, durch Beitragsverweigerung gegen die unzulänglichen Teuerungszulagen der Provinz zu protestieren. Die Besprechung einiger dringlicher Angelegenheiten (Folgen des Gemeindearbeiterstreites, Neuwahl zum Erwerbslofenrat u. ä.) beschloß die trotz des Stillstandes der Straßenbahnen gutbesuchte Versammlung.

M. Düsseldorf. Die Bezirksversammlung am 9. Oktober brachte uns einen Vortrag des Kollegen Schindler über das Thema: „Warum muß an den Schreibmaschinen die Arbeitszeit verkürzt werden, eine wichtige Frage für die Handwerkerkollegen“. Der befallig aufgenommene Vortrag war geeignet, manche falschen Auffassungen und Vorurteile aus dem Wege zu räumen, die gegenüber den Bestrebungen der Maschinenleser noch in die Erscheinung treten. Unter „Mittelungen des Vorstandes“ eulbot der Vorsitzende dem Kollegen Schindler seinen, aus Anlaß seines 60jährigen Berufs Jubiläums die Glückwünsche der Versammlung. Die Erhöhung des Verbandsbeitrags um 1 Mk. zeitigte die einstimmige Annahme folgender Entschließung: „Die am 9. Oktober im Volkshaus“ abgehaltene Bezirksversammlung verurteilt mit aller Entschiedenheit die Erhöhung des Beitrags um 1 Mk. zu Unterzweckungen an Arbeitslofen. Die Versammlung bringt hiermit zum Ausdruck, daß es nicht Sache der Gehilfenchaft ist, die durch die Schuld des Unternehmerriums heraufbeschworenen Krisen durch eigene Opfer auszugleichen. Es ist Pflicht des Staates und der Kommune, für die Arbeitslofen in auskömmlicher Weise zu sorgen, und Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die Behörden immer und immer wieder darauf hinzuweisen. Zur Erhöhung des Beitrags für den Kampf-fonds sind wir jederzeit bereit.“ Ebenso einstimmig nahm die Versammlung eine Entschließung an, worin den Streitenden und ausgescherten Kollegen und Angehörigen des Berliner Zeitungsgewerbes die Empathie der Düsseldorf Gehilfenchaft ausgesprochen wird. Für den Vollen des zweiten Sauvorfieberers wurde vom Düsseldorf Bezirk Kollege Reichert (Düsseldorf) als Kandidat neu aufgestellt, nachdem der Kollege Schippers (Dortmund) die auf ihn gefallene Wahl wegen der geringen Mehrheit abgelehnt hat

und die früheren Kandidaten Graaf (Düsseldorf) und Marschall (Eberfeld) eine nochmalige Kandidatur ablehnten. Im Anschlusse daran kam der Verfallungsbericht zur Sprache, der über die Duisburger Verfallung der Opposition berichtete. Von allen Rednern wurde der Bericht als ein tendenziöses Machwerk bezeichnet. In einer einstimmig angenommenen Entschließung legte die Versammlung gegen den Nr. 110 des „Korr.“ erschienenen, von K. G. verfassten Duisburger Bericht, in welchem zwei Düsseldorf-Kollegen heruntergerissen werden, einschließend Protest ein. Da durch die Neuregelung der Rückvergütungen eine Bezirkskasse vorhanden sein muß, in die die übrigbleibenden Gelder fließen, eine solche hier jedoch noch nicht bestand, wurde die Gründung derselben beschloffen. Hierauf wurden mehrere Geldbewilligungen ausgesprochen. Den Schluß der Versammlung bildete die Erhaltung des Kartellgerichts durch Kollegen Man.

**F. G. Eberfeld.** In der Versammlung am 4. Oktober machte der Vorsitzende zunächst das Resultat der Gavourfesterwahl bekannt. Gleichzeitig verlas er ein Schreiben des Gavourfandes, in dem die Wahl des zweiten Gavourfesterber angehängt wird. Eine Stellungnahme der Bezirksvorstände hierzu sei noch nicht erfolgt. Außerdem wurde noch ein Schreiben des Verbandsvorstandes verlesen, das sich mit den Anträgen zur Tarifrevision befaßt. Ferner erluchte Kollege Weber um Vorschläge einer Kandidatur für die Wahl der Gewerbegerichtsbefugter. Es wurden zwei Kollegen vorgeschlagen, von denen einer in Geheimabstimmung als Kandidat nominiert wurde. Sodann kam der Vorsitzende auf die Verfallung der Opposition von Eberfeld-Barmen am 20. September auf der „Neuen Harz“ zu sprechen. In dieser Verfallung wurde von dem Verfallungsleiter, Kollegen Sublat, die Behauptung aufgestellt, daß der Vorsitzende des Ortsvereins Eberfeld die Kollegen telephonisch vor dem Besuche dieser Verfallung gewarnt hätte. Der Vorsitzende wies diese Behauptung als unwahr zurück und verlangte deren Zurücknahme. Zur Sache selbst erklärte er, daß er in dieser Angelegenheit überhaupt nicht telephoniert habe, aber wohl von einem Kollegen angerufen worden sei, der sich unter einem falschen Namen vorstellte. Dieser Kollege fragte nach dem Resultat der Gavourfesterwahl und knüpfte daran die Frage, wie es mit der heuligen Oppositionsverfallung sei. Erwidert habe er darauf wörtlich: „Wir vom Vorstande gehen nicht hin.“ Daraus könne man doch keine Warnung für die gesamte Kollegenschaft erbliden. Es entspann sich nun eine lebhafte Debatte, in der allgemein gerügt wurde, daß Kollege Geiger, als der eigentliche Uebelthäter, nicht zugegen war, trotzdem er benachrichtigt war, daß diese Angelegenheit zur Sprache kam. Kollege Sublat erklärte, daß Geiger ihm die Sache so dargelegt, wie er sie vortragen und sich mit seiner Person für die Richtigkeit verbürgt habe, und er müsse es dem Kollegen Geiger überlassen, diese Verurteilung zurückzunehmen. Damit war die Sache vorläufig erledigt. Sodann ergriff Arbeitersekretär Lehmann das Wort zu seinem Vortrag über die Steuererhebung. Er ließ zunächst die verschiedenen Steuererhebungen Revue passieren, kam auf die Erbschaftsteuer zu sprechen und auf das Rechenotopfer, um dann ausführlich auf die Einkommensteuer einzugehen. Er erläuterte die zu verkennenden Einkommen genau und machte auch auf die zulässigen Abzüge aufmerksam. Zum Schluß zerplückte er die irrtümliche Auffassung, daß es mit dem zehnprozentigen Steuerabzug erledigt sei. Er meinte, daß im ersten Quartal 1921 jeder Arbeiter und Angestellte noch ein erhebliches Einkommen Einkommensteuer nachzahlen hätte, wenn keine Änderungen im Gesetze vorgenommen würden. Reicher Beifall lobte dem Redner für seinen ausführlichen Vortrag. Nachdem noch einige Fragen beantwortet worden waren, machte Kollege Grimpe noch auf den Kurzus des Arbeiter-Kongressvereins aufmerksam und erluchte um zahlreiche Beifälligung der Kollegen.

**Samburg-Alfona.** (Mitgliederversammlung am 14. Oktober im „Gewerkschaftshaus“.) Die Versammlung ehrte das Andenken zweier verstorbener Kollegen in üblicher Weise. Arbeitslos waren 257 Kollegen. Als Vertreter in den Ausschuss der Ortskrankenkasse wurden zwei Kollegen nebst Stellvertretern in Vorschlag gebracht. Vorsitzender Runkler forderte die Kollegen auf, sich zahlreich an der bevorstehenden Wahl zu beteiligen, damit nur die Masse der freien Gewerkschaften gewählt wird. Hierauf berichtete Kollege Thorbauer über zwei Verhandlungen vor dem Tarifamt, in denen er die Organisation vertrat. Ein Punkt betraf die Klage gegen die Firma Babbt auf Anerkennung der von den Tariforganen ausgeübten und beschlossenen Lehrlingsordnung. Nach langer Verhandlung erklärte das Tarifamt, daß es keine andre Entscheidung treffen könne, als daß die tarifrechtliche Lehrlingsordnung auch für die Firma Babbt in Samburg verbindliche Kraft habe. Die materiellen Bestimmungen der Lehrlingsordnung betreffs Sozialversicherungsbeiträge, die Bezahlung für eventuelle Überstunden und die Gewährung von sechs Tagen Ferien seien sofort durchzuführen. Die Frage der Einziehung der Lehrlingskommissionen wurde bis zur Tarifaustrahlung offengelassen. Von Beilistenfeld wurde Herr Babbt der verkehrte Standpunkt in nachdrücklicher Weise klar gemacht. Der zweite Punkt betraf die Weigerung der Gehilfen, die im Mai ausgehobene Sommerarbeit zur Verfallung der Montagmorgenausgaben wieder einzuführen. Das Tarifamt erkannte an, daß für die Gehilfen nicht die Pflicht bestehe, in der Sommerzeit zu arbeiten. Zwischen dem Verleger der lagernden Firma, dem „Freundenblatt“, und ihm, als Vertreter der Organisation, sei eine Vereinbarung zu finden gekommen, nach der das Personal am Montagmorgen um 5 Uhr mit der Arbeit beginnen dürfe. Hierfür sei außer dem Lohn wegen der außerordentlich ungünstigen Zeitlage des Ar-

belsbeginns ein Wegegeld von 10 Mk. und der Mindestlohn für die Montagstellungen festgesetzten Entschädigung zu zahlen. Die Arbeitszeit von acht Stunden darf aber dadurch nicht überschritten werden. Diese Vereinbarung hat auch für die jetzt erscheinenden Montagmorgenausgaben anderer Zettlungen Gültigkeit. Kollege Thorbauer ermahnte die Kollegen zur Einigkeit, um allen bevorstehenden Kämpfen erfolgreich begegnen zu können. Kollege Bruhn begründete im Auftrag der Erwerbslosen folgenden Antrag, der gegen wenige Stimmen angenommen wurde: „Die Annahme einer Kondition im diesigen Wirklichkeitsgebiet ist im allgemeinen nur zulässig auf Grund ordnungsgemäßer Vermittlung durch den hiesigen Arbeitsnachweis. In besonderen Fällen kann der Vorstand zur Vermittlung unnötiger Härten nach entsprechender Prüfung Ausnahmen gestatten. Ein Austausch von Konditionen ist nur zulässig mit Zustimmung des Vorstandes. Die Betriebsobstulte und Vertrauensleute sind verpflichtet, bei Neueinstellung von Kollegen festzustellen, ob die Vermittlung durch den Arbeitsnachweis erfolgt ist, andernfalls ist der Vorstand sofort in Kenntnis zu setzen.“ Dann besprach Kollege Runkler die zur Tarifberatung gestellten Anträge der Prinzipale. Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte. Kollege Pieczok gab einen kurzen Bericht vom Betriebsrätekongress. Der Kongress habe für den Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter gute Arbeit geleistet. Eine ausführliche Berichterstattung findet in einer Verfallung der graphischen Arbeiter statt. Infolge Amtsinhaberlegung des ersten Schriftführers entstand eine scharfe persönliche Debatte, an der sich eine Reihe von Kollegen beteiligten. Am 18. Oktober fand ein Lichtbildervortrag: „Die Entfaltung der Sozialökonomie, ihre Gewinnung und Bedeutung für die Volkswirtschaft.“ von Herrn Otto Roth (Berlin) eine aufmerksame Hörerschaft, die einen größeren Teil der neuen Lehrlingsabteilung in sich schloß. Der Vortrag war durch sehr gute Bilder und eingehende Schilderungen als äußerst zeitgemäß anzupreisen.

**Neudamm.** Die von 111 Mitgliedern besuchte Versammlung am 15. Oktober beschäftigte sich u. a. auch mit dem Berliner Zeitungskonflikt. Besonders tief der Artikel „Solidarität“ (Nr. 116 des „Korr.“) des Kollegen Schliebs eine längere Debatte hervor und gab zur Abgabe folgender, einstimmig angenommener Erklärung Anlaß: „Die heute, am 15. Oktober 1920, im „Deutschen Hause“ tagende Monatsversammlung der Neudammer Buchdrucker erklärt nach einhelliger Aussprache über den Berliner Zeitungskonflikt folgendes: Der von den Berliner Kollegen eingegangene Standpunkt ist der unbedingt richtige. Unverständlich ist uns die Stellungnahme des Geschäftsführers des Karriants, Kollegen Schliebs. Die disziplingewöhnten Buchdrucker müßten unbedingt in dem Augenblicke Solidarität üben, als Gefahr für die um eine gerechte Sache kämpfenden Angestellten bestand, einem nachlässigsten Unternehmern zu unterliegen. Die Kommentierung des § 91 c des Tarifs durch Kollegen Schliebs ist nicht nur unklar, wenn diesem Paragraphen die neuzeit Bestimmungen zu Seite 85 zur Seite gestellt werden. Uns all diesem müßten die Berliner Kollegen so und nicht anders handeln, um dadurch auch für die Gesamtkollegenschaft Zukunftswerte zu schaffen.“ Außerdem gelangte ein Antrag zur Annahme, unseren durchreisenden Kollegen auch in Neudamm Nachtlager, Abendbrot und Morgenkaffee zu gewähren.

**Opfaden.** (Vierteljahrsbericht.) Die Monatsversammlungen waren gut besucht, und es ist eine Freude, zu sehen, wie regsame Tätigkeit sich in dem hiesigen Ortsverein entfaltet. In der Augustversammlung konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß hier am Platze sämtliche Eöhne zur Zufriedenheit der Kollegenschaft gezahlt werden. Ferner wurde eine bessere „Korr.“-Zustellung geregelt. Auch wurde die Anregung gegeben, zur Gründung von Fachkursen zu schreiben, was bei den Kollegen allgemeinen Anklang fand. Diese Sache beschäftigte auch noch die späteren Versammlungen. Sodann erstattete Kartelldelegierter Krause Bericht über die Sitzungen des freien Gewerkschaftskartells. — In der Septemberversammlung lag eine reichhaltige Tagesordnung vor. Mit Freude wurde es begrüßt, daß der Verband sich endlich der Lehrlinge annahm und der Ortsverein macht es sich zur Pflicht, die Lehrlinge zu fächigen und brauchbaren Kollegen in jeder Hinsicht, soweit es ihm möglich ist, heranzubilden zu helfen. Dann nahm die Versammlung Stellung gegen den Beschluß der Eberfelder Kollegenschaft. Die Versammlung will, gestützt auf die Beschlußfassung der Nürnberger Generalversammlung, die Preistreiberei unter allen Umständen gewahrt wissen. — In der Oktoberversammlung erstattete der Kassierer den Kassensbericht vom dritten Quartal. Dann wurde ein Antrag angenommen, die Erziehung einer Druckmaschinenprüfstelle in Opfaden ins Leben zu rufen, aus einer gleichmäßigen Druckmaschinenverteilung der Behörden an nur tariffreie Druckereien zu erwirken. Hierauf erfolgte die Aufnahme eines neuen Mitgliedes. Die Frage betreffs Fachkursen konnte als erledigt betrachtet werden, da sie so weit fortgeschritten ist, daß die Kurie noch diesen Monat ins Leben gerufen werden. Da sich schon eine größere Anzahl Kollegen dazu gemeldet hat, wird es ein reges Weitergehen geben. Auch den Lehrlingen ist hierin eine gute Stütze zu ihrem späteren Berufe geboten. — Am 11. September fand noch eine außerordentliche Versammlung statt, die wichtige Angelegenheiten zu erledigen hatte.

**Worzheim.** Unter Herbstbezirksversammlung fand am 10. Oktober in Kalw statt. Vertreten waren die Druckerei Worzheim, Kalw-Magold-Altenfeld, Waiblingen an der Enz und Wildbad. Trotz ungünstiger Bahnverbindung waren 50 Proz. der Gesamtkollegenschaft erschienen. Unter „Berichtsmittlungen“ wurde besanftigt-

geben, daß der seit fünf Jahren in russischer Gefangenschaft schmachtende Kollege Joseph Volkmann einem Herzschlag erlegen ist. Nach Bekanntgabe des Kassensberichts, der bei einem wöchentlichen Beitrage von nur 5 Pf. sehr gut zu nennen ist, erhielt unser Gavourfester Klein (Stuttgard) zu seinem Vortrag „Rückblick und Ausblick“ das Wort. Einleitend betonte er, daß er sich freue, nach langer Zeit wieder mit seinen Schwarzwaldkollegen zusammenzutreffen. In fast zu verständigen klar verständlichen Ausführungen verbriefte er sich sodann über die nächsten Ziele und Aufgaben des Verbandes und besonders über die kommende Tarifrevision. Für seine vortrefflichen Ausführungen erntete er heftigen Beifall. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine sofortige Steuererhöhung unverlässlich ist. Auch sollte man mehr Rücksicht auf die Provinzialkollegen bei der Festlegung der Steuererhöhung nehmen. Um die Arbeitslosigkeit zu verringern, müßten sofort durchgreifende Maßnahmen getroffen werden.

**Reimscheid.** Unter Ortsverein „Typographia“ hielt am 9. Oktober seine Monatsversammlung ab. Kollege Richard, der zur Tagung der Opposition von Rheinland-Westfalen nach Duisburg delegiert worden war, gab einen ausführlichen Bericht. Die Versammlung protestierte nach dessen Anhörung gegen die unsäure Berichtserstattung des Kollegen K. G. (Duisburg), die jedeswede sachlichen Tonen entbehrt und außerdem bewährte Kollegen der Lächerlichkeit preisgegeben verlor. Den Schluß bildete der Kartellbericht, der vom Vorsitzenden Frömdsdorff erstattet wurde. Durchreisenden Kollegen wird das Wort zum Kassierer, Kollegen Michael („Bergliche Volksstimme“), ausgegeben.

**Se. Schwerin (Medl.).** Am 10. Oktober hat sich in Bad Neuenhagen die Maschinenlehrevereinsvereinigung Mecklenburg-Rübeck mit dem Vorort Schwerin konstituiert. Die Abtrennung von Samburg war nach Kongressbeschluss notwendig geworden. Zur Gründung waren der Vorsitzende des Norddeutschen Maschinenlehrevereins, Kollege Pieczok (Samburg), und Gavourfester Bahndue (Schwerin) erschienen. Die Vorarbeiten, die einen verhältnismäßig schönen Erfolg zeigten, waren seit längerem eifrig im Gange. Nach der Berichterstattung vom Nürnberger Maschinenlehrekongress in Samburg am 23. Juli war Kollege Seehing mit den ersten Vorarbeiten beauftragt worden. Ein dann in Schwerin gewählter provisorischer Vorstand, in dem auch besonders Kollege Diederich eine eifrige Tätigkeit entfaltet, leitete dann das Weitere in gemeinsamer Arbeit in die Wege. Die Gründungsversammlung nahm einen recht angenehmen Verlauf. Sie war von fünf Delegierten aus Schwerin, fünf aus Lübeck, drei aus Rostock, einem aus Wismar und einem aus Güstrow besetzt; außerdem bekundeten durch Erheben noch zehn Kollegen aus Schwerin, einer aus Lübeck, einer aus Wismar und drei Kollegen aus Güstrow ihr Interesse an der Sache. Die umfangreiche bisherige Tätigkeit des Norddeutschen Maschinenlehrevereins wurde allgemein anerkannt und manche Kollegen haben sich nur schwer von dort getrennt. Man war aber überzeugt davon, daß der gute Anfang unserer neuen Vereinigung auch eine gute Zukunft bringen wird. Besonders soll eine rege Pflege des Technischen und weitestgehende persönliche Freundschaft mit den Kollegen in den einzelnen Orten im Auge behalten werden. In den Vorstand wurden dann u. a. die Kollegen Diederich als Vorsitzender und Hübendorff als Kassierer gewählt. Aus dem Verlaufe der Versammlung sind weiter noch die Berichte und Anregungen der Kollegen Pieczok und Bahndue, wie auch die Berichte der Delegierten aus den einzelnen Mitgliedschaften besonders hervorzuheben. Des weiteren wurde noch eine Resolution zur Tarifrevision angenommen. Man war sich dann in den Beratungen darüber einig, daß zur Pflege eines regeren Organisationslebens und des Technischen die Einzelstehenden mehr berücksichtigt werden müßten. Beschlossen wurde, daß zu den Versammlungen alle Orte bis zu zehn Mitgliedern einen Delegierten zu entsenden haben, über zehn Mitglieder zwei. Alle eingesehenden Mitglieder können somit auf den Versammlungen als „Delegierter“ vertreten sein und erhalten das Stimmrecht. Die Versammlungen sollen möglichst wechselseitig in den größeren Orten unseres Gaues abgehalten werden. Der Monatsbeitrag wurde vorläufig auf 1,50 Mk. festgesetzt.

## Erwidern

Die Art „geistiger“ Auseinandersetzung über den einflussreichsten Weg zum gemeinsamen Ziele, die Kollege K. G. (Duisburg) in Nr. 110 unter „Korrespondenzen“ behandelte, weist in G. außer der Opposition der überwiegende Teil der Gesamtkollegenschaft — einige maßgebliche Vertreter liegen bereits vor — nach den Lehren festzugewandt. Wenn K. G. die Art seiner Polemik als Ergebnis „sozialistischer Schulung“ gelten lassen will, dann allerdings: armer Kautsky!

„Auf dem rauhen Wege der Wirklichkeit“ vorwärtszueilen, habe ich in meinen Ausführungen in Duisburg eine Verbeugung gemacht vor dem erblichen Bestreben unserer Führer, die Kollegenschaft materiell heraufzuführen. Die Opposition hat trotz des „sehenden Oehringtriples“ weitergehende Wünsche. Ausgeschlossen habe ich nach dem Fesseln der Arbeits- und Tarifgemeinschaft, der Kreisamtsbehörden. Unter Hinweis auf die schriftliche und mündliche Aussprache der Bezirks- und Gavourfstände, des Zentralvorstandes habe ich die Frage gestellt: „Wie soll die Opposition praktische Arbeit leisten, wenn hier die örtliche bzw. bezirksweltliche Zusammenkunft zum Austausch ihrer Auffassung über die jeweiligen Tagesfragen mit der Unterstellung der Zerpfitterungsabsicht verbunden wird?“ Eine

Beantwortung wurde auch von dem nachfolgenden Redner „überleben“. Kritik übte ich im Sinne des Leipziger Antrags zur Generalversammlung an der neuen Fassung des § 1 unseres Statuts, an dem Beschlusse der Präsidium; eingetreten bin ich für die Forderung des Industriearbeiterbundes, für den konsequenten Sozialismus. Und wenn der nachfolgende Kollege Kraus aus dem Wortlaute des § 1 die sozialistische Befähigung als selbstverständliche(r) erachtet, wenn er in der von mir für die Praxis geschilderten Lage die Entscheidung über die Brechbarkeit der örtlichen Arbeitervertretung zuweist, dann bitte, großer Unbekannter (K. G.), mögen Sie das „wie ein Säubchen abkühlen“ nennen. Die Anspielung auf „Schaltung einer Sonderorganisation“, den „Führer der Opposition von Rheinland und Westfalen“ als ein Wink mit dem Scheunentore nach Berlin verläßt nicht. Soviel mir bekannt, lehnt man dort „Mossauer Rezepte“ ab. Und das ist gut so!

Was aber will die sozialistisch geschulte Auffassung des Kollegen K. G. gegenüber dem Ergebnisse der Geworkeherwahl belagen? Aber die „Vorbereitungen“ zu dieser Wahl erübrigt sich ein Wort; sie liegt hinter uns. Dem Kollegen K. G. jedoch will ich mitteilen, daß mir am 23. September (vier Tage nach der unveränderten Schauhelferpartei) der Geworkeverband die Kandidatur zum zweiten Geworkeher anbot, die ich mit sachlicher Begründung ablehnte, und unfertig 27. September unter jeglicher Geworkeher kein Bedauern über die Ablehnung aussprach. Wenn nun K. G. neben dem dringend zu empfehlenden Studium von Marx, Kaufsitz und vor allem der Zeitperiode der Sozialen Revolution (statt „Vorkommnisse“ Sozialismus) noch einen Augenblick Zeit zum Studium des Wahlergebnisses zum Betriebsrätekongress auf derselben Seite seiner Ausführungen findet, soll es damit erledigt sein. In Anbetracht des knappen Raumes könnte meines Erachtens auch die Schriftleitung bei solchen Erweisen etwas mit dem Blaustifte nachhaken.

Triumphierend stellt K. G. als Extrakt seiner Schauerwürde fest: „Die Duisburger Opposition ist nicht mehr!“ Sollte da nicht der Wunsch der Vater des Gedankens sein? Als Leidtragende sei uns die gelegentliche persönliche Überzeugung gestattet. Und darum: „Auf Wiedersehen dorfselbst!“ Bei einer „Kursänderung“ jedoch — wie immer — Schullehrer an Schullehrer: „Draus, drauf und durch!“

Düsselborf. M. Graaf.

○○○○○○ Literarisches ○○○○○○

„Die Befreiung des Arbeiters und der Arbeit.“ Von Gerhard Hildebrand. (Heft 3 der Sammlung „Die Staatsbürger-schule“.) Verlag der „Silke“, G. m. b. H., Berlin NW 40. Preis 5 Mk. 136 Seiten. Der ehemalige sozialdemokratische Redakteur und Schriftsteller Hildebrand entrollt in dieser Schrift ein Industriearbeiterprogramm auf der Grundlage des Ausgleichs von Arbeit und Kapitalismus und Sozialismus, nicht in Form eines fertigen Rezeptes, das alle Schwierigkeiten der Industriearbeiterfrage für allemal lösen soll, sondern in Form von Richtlinien, deren Befolgung nach dem Verfassers Auffassung die Arbeiter befähigt, aus eigener Kraft im Rahmen der bestehenden, aber fortbildungsfähigen Gesellschaftsordnung einen Zustand zu erreichen, in dem sie die vollständige Unabhängigkeit, Existenzsicherheit und Vollbeschäftigung erzielen und zu-

gleich in der Lage sind, ihre Kräfte und Fähigkeiten ungehindert zu entfalten. Hildebrand macht als gründlicher Kenner der Marx'schen Gedankenwelt dem Marxismus in manchen Punkten beherausende Zugeständnisse, ohne sich damit vollständig einverstanden zu erklären, bei die außerordentliche Wichtigkeit des künftigen Moments in allem sozialen Vorkommnisse mit Eindringlichkeit hervor und der uchi den Nachwe s, daß kein Industriearbeiterprogramm unbedingt aufgenommen werden muß, um eine geordnete Fortentwicklung unserer wirtschaftlichen und sozialen Zustände zu ermöglichen und die Arbeiter wie das Land vor dem Absturze zu bewahren.

Verschiedene Eingänge

„Deutscher Buch- und Steinbrücker.“ Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Unterhaltungsbelle „Graphische Meisterstunden“; vereinigt mit dem „Journal für Buchdruckerkunst“. Herausgeber Ernst Wöhme in Berlin W 57, Dammstraße 19. Heft 1. 27. Jahrgang. Preis vierteljährlich 20 Mk., ganzjährig einschließlich des Beilagsbuches 50 Mk. „Zeitschrift für Buchdruck“. Herausgegeben von Technikum für Buchdruck in Leipzig. Heft 10. 41. Jahrgang. Preis für das erste Halbjahr 9 Mk.; für das zweite Halbjahr 15 Mk. durch alle Buchhandlungen. „Die Neue Zeit.“ Wochenblatt der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 5. 1. Band. 39. Jahrgang. Einzelheft 1 Mk., vierteljährlich 13 Mk. Verlag von G. B. W. Dieckmann in Stuttgart. „Die Glocke.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Nr. 29-31. 6. Jahrgang. 2. Band. Preis 1,50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.

Briefkasten

S. A. in Z. A.: Ihre Auffassung, daß die betreffende Streitfrage allgemeines Interesse habe, ist eine sehr irrtige. Hier handelt es sich um einen Einzelfall, dessen eigenartige Erledigung nur auf persönliche Zwillinge zurückzuführen ist. Im allgemeinen werden solche Fragen durch besondere Anweisungen des Verlegers geregelt; eigenmächtig ge-handlungen sind in d-er Hinsicht stets unzulässig. Außerdem ist auch die von Ihnen erwähnte Vorladung eines Sachverständigen gar nicht erfolgt; weshalb auch Ihre diesbezüglichen Schlussfolgerungen unbedeutend sind. Daber abgelehnt! — G. B. in Z. A.: Beschwerde dem hiesigen Postamt übermiffelt. — W. S. in G.: Das dürfte nicht ausgeschlossen sein; aber nähere Auskunft können wir darüber auch nicht geben. — A. Schl. in G.: Wird demnächst aufgenommen. — W. B. in G.: Wird aufgenommen. — S. U. in Bögger: Wir bitten um Ihre Adresse zur Überbringung der Antwort der technischen Kommission. — A. W. Schim. in Berlin: Mit Dank zur Kenntnis genommen.

○○○○○ Verbandsnachrichten ○○○○○

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsilpoflak 5 II.  
Fernsprecher: Amt Sturfurt, Nr. 1191.

Hft. Bel der hiesigen Ortsverwaltung, Gereonshof 28. Wegen Trieb für die reisenden Buchdrucker Hans Kaiser und Vori Schwolger.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beizugle Adresse):  
Im Gau Westpreußen der Drucker Eugen Mähle; war schon Mitglied. — G. Klein in Stuttgart, Heustelgasse 54.

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat September 1920.

Auf der Reise: 101 Mitglieder.  
Am Orte: 417 ausgesesserte Mitglieder a 1 Mk. pro Tag, Ortsunterstützung erhielten: 3160 Mitglieder.

In Arbeitslosentagen, für die Unterstüttung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Beschäftigungsart	In der Reiseunterstützung		Ausgesesserte am Orte		In der Ortsunterstützung		Unterschieds-tage insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher . . .	77	1350	275	5565	2162	45253	52168
Mach.-G. . .	1	31	3	82	58	1081	1194
Drucker . . .	21	435	119	2362	835	17326	20123
Stenoimp. . .	2	26	10	196	53	996	1218
Galvanopl. . .	—	—	7	101	17	386	487
Korrektoren . . .	—	—	—	—	8	182	—
Faktoren . . .	—	—	—	—	—	—	—
Schriftsetzer . . .	—	—	3	66	25	421	487
Stempelschn. . .	—	—	—	—	2	48	—
	101	1842	417	8372	3160	65693	75907

Arbeitslos verblieben am 30. September 1920: 2292 Mitglieder.

In Unterstüttungen wurden gezahlt:  
Reiseunterstützung:  
an 101 Mitglieder für 1842 Tage . . . 4551,90 Mk.  
Ausgesesserte am Orte:  
an 417 Mitglieder für 8372 Tage . . . 8372,— Mk.

Ortsunterstützung:  
an 1 Mitgl. für 7 Tage a 1,25 Mk. = 8,75 Mk.  
„ 1348 „ „ 25817 „ a 2,— = 51634,— „  
„ 925 „ „ 20008 „ a 2,50 „ = 50020,— „  
„ 887 „ „ 19868 „ a 3,— „ = 59604,— „  
außerdem Extrakterstützung . . . . . 58,— „  
zusammen 161324,75 Mk.

Susgesamt wurden im Monat September gezahlt:  
1920: 174248,65 Mk. für 75907 Tage  
1919: 79335,70 „ „ 51587 „

mehr 1920: 94912,95 Mk. für 24320 Tage.  
Gesamtausgabe im dritten Quartal (Juli bis September):  
1920: 497995,05 Mk. für 216929 Tage  
1919: 267772,60 „ „ 172853 „

mehr 1920: 230222,45 Mk. für 44076 Tage  
(ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Versammlungskalender

Erst. Generalversammlung Sonntag, den 14. November, vormittags 10 Uhr, im „Prinz Karl“.  
Gera. Bezirksversammlung Mittwoch, den 17. November (Zugtag), vormittags 10 Uhr, in der „Ostendorfschützen Turnhalle“.  
Krefeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. November, in M.Galbach.  
Gau Westpreußen. Kapitalrat der Bezirksvereine abends 7 Uhr, im „Königsplatz“.  
Wien. Bezirksversammlung Sonntag, den 13. und Sonntag, den 14. November, nachmittags 5 Uhr, in Mannheim, im „Prinz Max“, H. 3. 3. — Sämtliche Bezirke müssen vertreten sein.  
Seit. Versammlung Sonntag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Gute Quelle“.  
(Merzu eine Beilage.)

Achtung! Berlin!

Montag, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“:  
Volksinfoniekonzert

vom verklärten Wihners-Direktor (70 Künstler). Leitung: Walter Winnig. Solist: Kammeränger Alexander Richter von der Staatsoper. Programm: Weber — Beethoven — Wagner. — Eintrittskarten zum Vorzugspreis von 3,50 Mk. (Stoffpreis 4,50 Mk.) auf der Verwaltung des Vereines der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Berlin SO 16, Engelauer 14—15 I B.

Typographische Vereinigung Berlin

Zur Feier des achten Stiftungsfestes  
Sonabend, 13. November, im weißen Saale der „Neuen Welt“, Rosenfeldstr.  
Operetten-Abend  
mit anschließendem Tanz.  
Eintritt 5 1/2 Mk. Eintrittspreis einzeln. Tanz 2,50 Mk. Anfang 6 1/2 Uhr. Eintrittskarten sind bei den Truderkassierern der „N. W. Z.“, im Vereinslokal „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2, auf der Verwaltung, Engelauer 14, 15, und an der Abendkasse erhältlich. Abrechnung der maßgebendsten Welta's Freitag, den 12. November, von 4 bis 7 Uhr abends, Ohmstraße 2. (472 Die Vergnügungskommission.)

Männergesangsverein „Gutenberg“ Erfurt

Mitglied des V.-S.-B. Leitung: Chormeister Arno Weyer.  
Sonabend, den 20. (nicht 28.) November, abends 8 Uhr, in der „Lulu der Oberrealschule“:

Großer Gesangs- und Kammermuffabend

Mitwirkend:  
Hr. Hildebrand (Sopran); Kapellmeister Bogmann, beide vom Stadttheater; Singkonstanz; Männergesangsverein „Gutenberg“; Majorl — Beethoven — Greg — Hegar — Müller — Schlegel. Mitglieder und deren Damen a 1 Mk. Gasse 3 Mk.

Nur unter Garantie

wird der  
„Kinkokoll“

verkauft. Bei starken Aufträgen braucht man tagüber weder Waken noch Form zu reinigen, sie bleiben sauber und rein, der Druck ist klar und tief belegt. Preis pro Stück 30 Mk. ab Fabrik.

Probefolien, für 2-3 Maschinen reichend, porto- und spesenfrei 12 Mk. Chemische Fabrik für Buchdr., Friedrichsstraße 11, Leipzig-Gohlis.

Verleger: Joseph Selb in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 1411). — Druck: Radelli & Nillo in Leipzig.

„Typographia“ Berlin

Die kurze Zeit bis zum Totenfonntag-Konzert zwingt uns, eine Extrastunde einzulegen.  
Sonntag, 14. November, 9 1/2 Uhr,  
Abendstunde im „Klubhaus“, Ohmstraße 2. Alle Sängler werden erucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

Illustrationsdrucker

für sofort zur Uussicht auf einige Monate (Doppelschicht) für größere Schnellpresse und Windsbraut mit Universal gesucht. Es wollen sich nur wirklich tüchtig-lebige Kräfte melden. Entlangebote an  
Buchdruckerei Ant. Kämpfe, Tenn. (488)

Geschäftsführer

für kleinere Arbeiterdruckerei sofort gesucht.  
Kollegen, die den Anforderungen entsprechen, wollen ausführliche Bewerbungen unter „Geschäftsführer 470“ an die Geschäftsstelle D. Bl. richten.  
Wohnung vorhanden.

Typographischer

für Universal- oder B-Maschine möglich sofort in Dauerstellung gesucht. Wegen Wohnungswechsel gütlichen Beding bevorzugt. Nur erste Kräfte wollen sich melden. (467 „Volksstimme“, Saarbrücken.)

Hohen Verdienst

durch Vertrieb em. tügl. Verbrauchsartikels. Von Haus aus zu erledigen. Waren-probe gegen 3 Mk. (Preisim.). (464 St. Rehrke, Nordhausen a.S., Lindenstr. 4.)

Maschinenband

Griedensqualität, liefern (349  
Begner & Hoff,  
Düsselborf, Graf-Adolf-Straße 112.

Typographischer!

Summenschätze zur Wasserführung. Franz Wälffle, Stuttgart-Gaisburg.

Leifaden zum Aufbau der Zurückung

im allen Druckerarten auf Schnellpresse. Beleg. geb. postfr. 3,20 Mk. Raigeber Einleitung des Universal-Bogenzuleiters auf alle Papierarten, postfr. 2,30 Mk. b. Voreinf. Werkzeuge f. Drucker  
preiswert vom Selbsthersteller. Werne erhalten Rabatt. Preisliste postfr. 1 Mk. Haus, Stuttgart, Höhenpollernstraße 9. Vollschichtkonto 15612. (445)

Buchdruckerei

Art- und Verkaufsermittlung, Gutachten, Einhängungen, Leiharbeit uhm. Strengste Diskretion!  
Gustav Diehl, Stuttgart, Ludwigsstr. 96 (Fernsprecher 2101).

Beweglicher langer Finger

für Anotype-Schnellschneidemaschine!  
Beweglicher langer Finger  
aus Schmetdeckens,  
beweglicher kurzer Finger  
aus Stahl.  
Kein Verbiegen, kein Brechen mehr! Schutz gegen Anfälle! (426  
In der Praxis glänzend bewährt. In vielen Betrieben eingeführt! (siehe „Schneidemaschinen“ für Maschinenführer, Oktober 1920.)  
Zu beziehen nur vom Hersteller O. Semmler, Seigmaschinenmonteur, Berlin N 39, Maukschoustraße 6.

Nach längerem Leiden verstarb

am Sonntag, dem 6. November, unter lieber Kollege, der Korrektor  
Hermann Dietrich  
im Alter von 67 Jahren.  
Ein treues Andenken bewahren ihm Die Kollegen der „Dresdner Neuest. Nachrichten“.

Nach langem Leiden verstarb

am 26. September der Gelehrte  
Joseph Krahl  
aus Köln im Alter von 51 Jahren; am 21. Oktober der Drucker  
Ludwig Bonzelet  
aus Köln. (469  
Ehre ihrem Andenken!  
Beizugsverein Köln.

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Einzelnen wollen Inserenten der

Portoerparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Bezügen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtpostgeld, Geschäftsstelle des „Stor.“.

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingetnummern 20 Wennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuzahlen.

Beilage zu Nr. 129. — Leipzig, den 11. November 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Volkswirtschaft

### Die Umstellung der Wirtschaftskräfte

Der Krieg mit den Waffen ist zwar längst zu Ende, aber er wird durch den Vertrag von Versailles, durch den wir uns haben in Ketten legen lassen müssen, mit andern Mitteln gegen uns, das schaffende Volk, fortgesetzt. Diese Tatsache, die wehe tut, macht es uns auch in wirtschaftlicher Hinsicht so schwer, wieder auf die Beine zu kommen. Kapital und Arbeit müssen sich umstellen und den neuen Verhältnissen Rechnung tragen. Was das Kapital angeht, haben wir alle Bewegungen und Organisationsänderungen mit Argusaugen zu beobachten. Es zeigt sich da, daß seit Kriegsende, wo die Kriegsanleihen aufhörten, der deutsche Kapitalmarkt für öffentliche Anleihen kaum, für private Anlagen fast gar nicht herangezogen worden ist. So konnten die Depositionsgelder in schwunghafter Bewegung steigen, indem die Banken, Sparkassen und Genossenschaften heute über 100 Milliarden Papiermark als Deposits aufweisen und bald in Scheinwerten erlöschen. Eine zuspitzende Situation. In einer Zeit, wo die Industrien ihren notwendigen Geldbedarf kaum decken können, teilweise sogar in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind; allerdings ist in den letzteren Punkten nicht ganz sicher, ob diese Erscheinungen als natürliche gelten dürfen oder buchnotwendig künstlich gemacht wurden. Außerdem hat der Staat in diesem Stadium einen gewaltig großen Geldbedarf, blickt aber von Tag zu Tag immer mehr an Kreditwürdigkeit ein; veranlaßt durch die Notenpresse und Defizitwirtschaft der Wirtschaftsbetriebe des Reiches. Das sind ungelagerte Verhältnisse. Im Finanzwesen ist eine schmerzhaft bössartige Stokung im Umlaufprozeß zu beobachten. Die vielen Depositionsinhaber müssen freiwillig an die Front, und ihre Moneten, teilweise hohe Kriegs- und Schiebergewinne, flüchtig machen im Interesse der Wirtschaft. Geschlecht es nicht, hat der Staat die Rolle des Chirurgens zu übernehmen, indem er mit einer Zwangsanleihe kommt, die aber die Betriebskapitalien und besonders die deutsche Industrie schonen sollte, damit nicht weitere Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen nötig sind, was politisch eine erhebliche Beunruhigung des Volkes bedeutet. Auf der andern Seite ist zu beobachten, wie sich bei den deutschen Großunternehmungen sogenannte „Aufblähungen“ breitmachen, die durch kein doppeldeutiges Wort zu bezeichnen sind. Die Aktienkapitalien der größten Unternehmen Deutschlands sind seit dem Kriegsbeginn erheblich größer geworden, obgleich in diesem Entwicklungsprozeß die in Frage kommenden Unternehmen nicht immer den gleichen Appetit entwickelten. Einige Beispiele sollen diese Behauptung klarstellen:

	Kapital 1914	Kapital zur Zeit
	in Mill. Mk.	in Mill. Mk.
A. G. G.	155	550
Diskontogesellschaft	300	310
Friedrich Krupp	180	250
Babische Anilin	54	252
Farbenfabrik Bayer	54	252
Schöller Farbwerke	50	252
Kommerz- und Privatbank	35	200
Siemens & Halske	63	126
Östere Kredit-Anstalt	90	120

Sehr interessant ist bei dieser Kapitalumstellung, daß fast alle Banken ihre Aktienkapitalien erhöhen, teilweise bis durch Zusammenlegen, nur die Reichsbank figuriert 1914 und 1920 mit 180 Mill. Mk. Die Erklärung liegt darin, daß dieses Institut in wirtschaftlichem Sinne nicht als Aktien-gesellschaft gilt, also auch den Bestimmungen des Handels-gesetzbuchs über Aktiengesellschaften keineswegs untersteht. In allen deutschen Kapitalerhöhungen sollen ausländisches und einheimisches Geld zu gleichen Teilen beteiligt sein, wie etwa bei Kriegsbeginn, was ich persönlich nicht glaube. Die Überfremdung des Geldmarktes dürfte auch die Aktien-institute sehr wesentlich in Mitleidenschaft gezogen haben. Ferner zeigt sich die Konzentration des Aktienkapitals auf breiter Basis. Der Ergraubbau der Friedenszeit ist in Deutschland vorbei, weil der Friedensvertrag uns wichtiger Ergruben beraubt hat, indem wir die lohringlichen Mittelteiler preisgeben mußten. Aus der Massenfabrikation werden wir deshalb zu einer Bedarfsindustrie kommen müssen. Die Leipziger Messe ließ diese Bestrebungen schon klar erkennen; doch der Weltmarkt sträubt sich mit Händen und Füßen gegen die Aufnahme unfrer Bedarfsprodukte. Trotz alledem werden wir zielklar von der Quantität zur Qualitätsarbeit übergehen müssen. Der Mangel an Rohstoffen zwingt uns hierzu. Die Aus-gleichung der Eisenwerke vollzieht sich u. a. durch Kon-zentration, Zusammenlegung oder Angliederung. Ein deut-liches Beispiel ist der Abschluß der Interessengemeinschaft zwischen der Oelsenhütter Bergwerks-Gesellschaft und der Deutsch-Luzemburgischen Berg- und Hütten-Gesellschaft. Außerdem zeigen westfälische Großkonzerne wieder starke Neigung zur Angliederung an die Wasserkräfte, deren An-fänge allerdings weit zurückliegen. Schiffs- der Allge-waltige, hat den Bremer Vulkan und die Stensburger Schiffsbaugesellschaft aufgekauft; Gebrüder Stumm die

Frederichswerk. Die Oelsenhütter Bergwerks-Gesellschaft baut in Stensburg eine Werk. Derartige Beispiele liegen sich noch heutzutage. Wenn in der Montanindustrie reichlich Kapital fließt, dann deshalb, weil eine Anzahl von Mon-tanwerken durch den Friedensvertrag politisch und wirt-schaftlich aus den deutschen Gebieten ausgeschieden sind; d. h. auf dem Wege der Zwangsliquidation oder des frei-händigen Verkaufs wurden erhebliche Verkaufserlöse in teilweise ausländischer Valuta erzielt. Die Umsätze wurden der deutschen Montanindustrie einverleibt; und das ist lobenswert.

Schließlich ist noch bedeutungsvoll, in welcher Form die Expansion des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-werks vor sich geht. Die gemischtwirtschaftliche Unter-nehmung, deren Schöpfer wieder der gefährliche Politiker Stinnes ist, will unter Eingliederung der kommunalen Elektrizitätswerke und des Elektrizitätswerkes Westfalen, A. G., die gesamte Stromverorgung des Ruhrgebiets in einer Hand vereinigen. Dieser großzügige Umbau ist unter Umstellung der Brennstoffgrundlage gedacht. Man will von der Steinkohle zur Braunkohle übergehen und ver-schluckt deshalb noch das Braunkohlenwerk Roddergrube. Ein Betriebsgemeinschaftsvertrag ist auf 90 Jahre zu-stande gekommen. In diesem Vertrage soll ein Abschluß enthalten sein, der den beteiligten Aktionären in den ersten zehn Jahren eine Dividende von 24 Proz. garantiert. Bei einem Kapital von 45 Mill. Mk. sind dies jährlich 10,8 Mill. Mk. Die rechnerischen Grundlagen dieser klingenden Garantie sind dunkel, zumal müssen sie es dann sein und bleiben, wenn man weiß, daß die Rodder-grube in den letzten Jahren „nur“ Dividenden von 14, 10 und 18 Proz. auszahlte. Die außerordentlich splendide Dividendengarantie geschieht natürlich auf Kosten der Knochen und Gesundheit der schaffenden Stände. Schred-liche Tatsache. Es erhebt hieraus, daß die entstehenden fruchtbarsten Kapitalakkumulationen über die privatwirt-schaftlichen und privatprofitlichen Interessen hinaus mit gemeinwirtschaftlichem Geiste durchgeföhrt werden müssen. Der Sozialismus hat schwere Aufgaben! Trotzdem! Einmal muß kommen der Tag!

Auf Seiten des Großkapitals gibt es unbedrängte große und sichtige Organisations, die es mit Geschicklichkeit durchziehen werden, daß ihr Schicksal, das Kapital, nicht untergeht. Am nun ein klares Bild über die Umstellung der Wirtschaftskräfte zu bekommen, gilt es, zu sagen, was in andern Heereslagern, bei der Arbeit, für Kräfte wirken, um der steigenden Macht des Kapitals, äußerlich erkenn-bar in dem erfolgten organisatorischen Zusammenbruch aller Industrie- und Branchenverbände, eine existenz-gesicherte und kampffähige Gruppe entgegenzustellen. Schwereu Herzens geht man an die Aufgabe heran. Es scheint so, als würde über das Schicksal der schaffenden Stände der moderne und menschenmordende Amerikanismus kommen. Die Uneinigkeit der Arbeiterdattione macht diese Gegen-stimmung auf industriellem Gebiet außerordentlich leicht. Aber allem Tagesstreit ist eine Tatsache erdrückend; das Anwachsen der Gewerkschaften nach dem Krieg und der Revolution. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands zeigte im März 1914, also noch lange vor dem Ausmarsch in den Weltkrieg, 101.965 Mitglieder (Dezember 1914: 58.873), im Dezember 1919 aber 436.527 Mitglieder. Ähn-liches Wachstum zeigen auch der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter und die polnische Berufsvereinigung der Berg-leute. Der Gemeindearbeiterverband konnte 1914 rund 50.000 Mitglieder, 1920 aber 30.000 Mitglieder zählen. An diesen wenigen Beispielen sieht jeder, daß die not-wendige Zusammenfassung der Arbeitermassen auch in Er-scheinung getreten ist, soweit die gewerkschaftliche Orga-nisation in Frage kommt. Die körperliche Kraft und Leistungsfähigkeit der Massen schließlich kann nach der teuflichen Hungerkatastrophe und den ungenügenden Lebens-mittelvorräten und hohen Preisen keine Steigerung finden. Nur eine opferfreudige, feste und starke Solidarität und Einigkeit sind in der Lage, unmennechtlichen Zumutungen durch die Unternehmer ein wirksames Paroli zu bieten. Darum sollen die Brüderkämpfe endlich für immer auf-hören. August Bebel sagte einst: Einig sind wir alles, zer-splittert nichts. Nun handelt, ihr Männer der Oppo-sitionsparke! Jetzt ist es. Die Reaktion kann inzwischen noch keine Triumphe feiern.

Die Betriebsrätebewegung muß die neue Organisations-form der modernen Arbeiterbewegung bringen. Die Be-triebsräte knüpfen in Gemeinshaft mit den Gewerkschaften an das Arbeitsverhältnis an, um rechtlich, also im jurist-ischen Sinne, durchzusetzen, daß auch endlich die Vertreter oder Vertrauensleute der Arbeiter an der Verwallung der Betriebe teilnehmen. Dies natürlich in Grenzen, wie sie von den Vertretern des Kapitals, den Direktoren, Ge-schäftsführern und Betriebsleitern, in der Leitung der Be-triebsräte beachtet worden sind. Es handelt sich also für die Arbeiter nicht um die Ausübung von Sonderrechten, sondern um Gleichstellung mit den bisherigen Führern bzw. Organisations in der privat- und profittwirtschaft-lichen Produktion. Aus solchem Grunde entspringt die Not-wendigkeit, in eine gründliche Schulung der Betriebsräte einzutreten, damit diese auch mit dem Weisheit in der Hand beschäftigt sind, falsche Behauptungen in Bilanz- oder Ge-winn- und Verlustrechnungen richtigzustellen. Auch die

Durchführung der Sprechstunden in Großbetrieben erfordert tüchtige Männer.

Auf genossenschaftlicher Basis hat die Arbeiterchaft oder die Arbeiterbewegung gleichfalls eine große und erfreuliche Stärkung erfahren. Die konsumgenossenschaftliche Organi-sationsform, die an die Eigenchaft als Verbraucher an-knüpft, ist sehr wohl in der Lage, das Elend und die Not in den Proletarierhäusern zu mildern, wenn die beteiligten Genossen es wollen. Derartige wichtige Tätigkeiten ge-hören in das Reich der wirtschaftlichen Umstellung, um auf diese Weise auch Arbeits- und Lebensbedingungen für die schaffenden Stände zu erreichen. Schließlich muß eine gute Berufsberatung und weitgehende Berufsum-schulung zur Durchführung kommen, um wieder einen zu-verlässigen Stamm von gelehrten Arbeitern zu schaffen, von denen viele auf den Schlachtfeldern geblichen sind. Auf genossenschaftlicher Grundlage könnten bestimmte Be-rufsgruppen auch Arbeiten in eigene Regie übernehmen, damit die Unfähigkeit mancher Betriebsmüder Unternehmer Überwindung findet. So müssen die schaffenden Stände in vernünftiger, sachlicher und gründlicher Weise an der Umstellung der Wirtschaftskräfte beteiligt sein, wenn sie nicht halbtot oder unterdrückt werden sollen. Arbeit gibt es in Fülle und Fülle. Darum fort mit aller Abtrafen-dreherei und Ideologie, die in den Sternen kronen, und hinein in die praktische Gewerkschaftsarbeit, die allein be-rufen ist, die schlechte Wirtschafts- und Allgmeinlage in glücklichere Formen umzugestalten zu helfen, was die Be-gabung von Millionen darben- und leidender Menschen bedeutet. Mehr Licht!

Nordhausen.

Paul Otto George.

### Vor dem Zusammenbruch

(Gedanken eines alten Invalidenrenten-empfängers.)

Jrgend jemand hat kürzlich im Reichstage gesagt: „Wir werden noch durch verschiedene Generationen aus unfrer bedrückten Notlage nicht herauskommen.“ Und mit Recht. Die immensen Schulden des Reiches und die niedrige Valuta unfrer papierenen Mark weisen hierauf zur Genüge hin. Während des Krieges waren wir durch feindliche Schiffe, jetzt sind wir durch unfr Valuta vom Auslande blockiert. Die größten Finanzgenies Deutsch-lands haben es bis jetzt nicht fertigbringen können, die Valutasturz aufzuhalten.

Die Zeitungen aller Schattierungen predigen tagtäglich: „Wir können nur durch unfr intensive Arbeit aus dem Dilemma herauskommen.“ Aber sie vergessen, daß zur Arbeit die nötigen Rohprodukte geböhren, ohne die überhaupt keine Arbeitsware auf den Markt gebracht werden kann, und diese Rohprodukte, und zwar die meisten, sind wir gezwungen, vom Auslande zu beziehen und durch den Sturz unfrer Valuta gebtlich zu teuer zu bezahlen. Die Waren, welche aus diesen teuren Roh-produkten unfr Arbeiter herstellen, würden einen so hohen Preis bedingen, daß kein Mensch bei uns, viel weniger im Auslande, etwas davon kaufen würde. Man bietet uns vom neutralen Auslande Kredite zum Wiederaufbau unfrer Wirtschaft; aber das wären doch nur neue Schulden, mit denen man die schon so schwer bedrückten Schul-tern Deutschlands nur noch mehr belasten würde, und die Valuta würde dadurch um keinen Pfennig höher steigen. Wenn wir den Sturz unfrer Valuta der Entente zu ver-danken haben, so ist es unverstündlich, daß selbst in unfrern eignen Lande die Valuta durch den Wucher mit Gold und Silber noch weiter bedroht und diesem Wucher nicht entgegengetreten wird. In öffentlichen Zeitungsinterven-tien bietet man sich an, für 1 M.-Silbermünzen 12,50 M., für ein 20-Markstück in Gold 500 M. in Papiergeld zu zahlen. Wollen wir dulden, daß uns noch die letzten Münzen, für die wir Zahlungsmittel und Rohprodukte für ihren vollen Wert vom Auslande erhalten können, von dem gewissenlosen Wucherern und Schiebern entführt, und wir gänzlich bankrott werden? Bis hierher und nicht weiter! Das Gold gehört dem Staate! Wo Millionen des deutschen Volkes nicht wissen, wie sie ihren Hunger stillen und ihre Wöbde bedecken, sollte keine Privatperson mit dem letzten Rest des Goldes und Silbers einen öffentlichen Wucher treiben dürfen. Wie die Geschichte zu erzählt weiß, hat man in den früheren Befreiungskriegen nicht nur Gold und Silber, sondern selbst Trauringe und das übrige Saar vom Saupste der Frauen auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt; von irgendeinem Wucher, wie er jetzt getrieben wird, findet man nirgends eine Erwäh-nung. An die Zeit der schweren Not, die nach der Schlacht bei Jena und Quersiedt durch die französische Invasion über Preußen hereinbrach, erinnern die Mahnmalen der damaligen Regierung: der Staat verkaufte seine Domänen, die Offiziere der aufgelösten Regimenter wurden auf Halb-sold gestellt, jeder August wurde besteuert und alle Ein-wohner wurden aufgefordert, ihr Gold und Silber in die Münze zu geben, wofür ihnen ein Drittel als Steuer abgezogen und zwei Drittel in Papiergeld ausgezahlt wurde.

Sollte da nicht ein energischer Schritt uns auch jetzt aus der Not heraushelfen, könnten wir nicht den letzten

Rest des gemünzten Goldes und Silbers den Spekulanten entziehen, selbst die ganzen Gold- und Silberwaren, die sich im Privatbesitz des deutschen Volkes befinden, entgegen, ehe es zu spät wird und die Wucherer und Schieber nach dem Auslande damit verlusten? Zu was brauchen wir Luxusgegenstände, Armabänder, Ringe, Ketten, Broschen, Medaillons, Tabaketten, Zigarrenstücken, Nadeln, goldene und silberne Cervicos, goldene und silberne Eß- und Schöpflöffel, Bestecke, Bowlenferneren? Diese und viele andre Sachen könnten wir brauchen als goldene und silberne Volkswerke, um Handel und Wandel in unserm Vaterlande wieder aufblühen zu lassen. Wir wollen nicht noch Generationen weiter hungern, sonst würde unser Volk in absehbarer Zeit zu wandelbaren Leichnamen herabstinken und unser Vaterland untergehen.

Deutschland besitzt noch im Privatbesitz so viel Gold- und Silberluxuswaren, daß wir nicht nur die Schulden, sondern alle Nahrungsmittel und Rohprodukte, die für unser neues Wirtschaftsleben nötig sind, dafür beschaffen könnten. Man sehe sich nur die Auslagenfenster der Gold- und Silberwarengeschäfte von draußen an, und man wird einen kleinen Begriff von dem Reichtum an Silber, Gold und Edelsteinen bekommen; man blicke hinein in die geheimen Kammern und Schatullen, Tresors, in die eisernen Spinde usw. und man wird noch einen Reichtum vorfinden, der zum Erstaunen wäre. Und trotzdem soll das deutsche Volk langsam verhungern, wo das gleichende Gold als unnützes Objekt das Licht der Welt scheut? Geht es frei, damit Deutschland wieder mit voller Kraft durch seine Arbeit und Intelligenz in absehbarer Zeit es doppelt und dreifach dem Vaterlande zurückerwerben und das Vaterland vor dem Untergange retten. Man wird aber sagen: durch die Enteignung des Silbers und Goldes wird das Gewerbe der Gold- und Silberindustrie verschwinden. Das schon, aber man vergesse nicht, daß nur ein Gewerbe geopfert werden soll zum Wohle und Gedeihen aller andern Gewerbe; ein Gewerbe, das sich vornehmend mit Luxusgegenständen beschäftigt, die für uns jetzt gänzlich überflüssig sind. Dann gewinnen wir hierdurch, da die Gold- und Silberwarenerbeiter mehr oder weniger gute Mechaniker sind, einen Stamm von tüchtigen Arbeitern, die für unsern Weltmarkt nützlich sein können, als die Gold- und Silberarbeiter, und da die Enteignung des Goldes und Silbers in Form der während des Krieges enteigneten Bronze, Messing- und Kupferwaren geschehen kann und der volle Wert in Darlehnskassencheinen vergütet werden könnte, so haben die Besitzer, eventuell die Geschäftsinhaber, keinen Verlust zu befürchten, im Gegenteil, durch die Enteignung der Gold- und Silberwaren hebt sich die Valuta auf ihre volle Höhe.

Das Gold und das Silber müßte unter staatlicher Verwaltung bleiben, die hierfür die Ein- und Verkäufe leitet. Den Produzenten wird das Rohmaterial, den Konsumenten die Nahrungsmittel vom Staate zugewiesen und hierfür dem Staate mit unserm Papiergeld bezahlt. Beim Exportverkauf nach dem Auslande müßte der Staat den Verkaufspreis in Gold einziehen. Zahlen wir dem Auslande für unsre Bedarfsartikel mit Gold, so behalten wir uns das Recht, daß uns für unsre Waren auch mit Gold bezahlt wird.

Aber was soll geschehen, wenn die Besitzer von Gold- und Silberwaren die Auslieferung des gleichenden Metalls verweigern? Angeregt durch den hohen Preis, den die Reichsbank für das während des Krieges eingekaufte Silbergeld jetzt zahlt, wäre das schon möglich. Aber haben wir denn nicht eine demokratische Regierung, die dafür einstehen soll und muß, daß nicht etwa unser letzter goldener Rettungsanker auch noch von den Spekulant, Samstern, Wucherern, Schiebern und wie sie alle heißen mögen, ins Ausland entführt wird und Deutschland verloren geht? Durch den langen Krieg und die nachfolgenden zerrütteten Zustände sind große Massen des Volkes roh und gewissenlos geworden und wollen sich den ersparten Verordnungen der Regierung nicht fügen, darum sollte man endlich die Sache etwas ernster aufpassen und selbst vor noch so drakonischen Strafen nicht zurückschrecken und kräftig zulassen; auch sollte man die Sache nicht wieder auf die lange Bank schieben, um den „Serren“ Schiebern Zeit zu lassen, etwa mit Autos und Flugzeugen Millionen und Millionen von Gold, Silber und Edelsteinen, wie es schon bereits geschehen, über die Grenze hinauszuverfrachten. Abschließend muß es kommen, damit uns der Dieb nicht entwischt.

Am einen von der Regierung bestimmten Tage sollte gleichzeitig in allen in ganz Deutschland erscheinenden Zeitungen und an allen öffentlichen Anschlagstellen und -säulen, in den Büchern an den Schulnamensgebäuden eine Regierungsproklamation angeheftet werden, in der der Handel mit Gold- und Silbermünzen und -waren verboten und alle Edelmetalle als Eigentum des Staates erklärt werden. Sämtliche Gold- und Silbermünzen usw. wären müßten vom Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung an gerechnet während der Zeit von drei Monaten von allen Einwohnern Deutschlands an näher zu bezeichnende staatlich errichtete Stellen abgeliefert werden, wofür der volle Wert in Papiergeld entrichtet wird. Die Wäden, hierzu gehörige Werkstätten der Gold- und Silberwarenmiede und -händler wären sofort zu schließen, und von deren Inhabern eine Inventuraufnahme nebst den Einkaufspreisen der Ablieferungsstelle binnen acht Tagen verlangt werden. Hierzu kämen noch die Schmied- und Edelmetallschmelzen, die gleichfalls verpflichtet werden müßten, innerhalb acht Tagen ihren Warenbestand und den Einkaufspreis einzureichen. Allen Privatpersonen wird der An- und Verkauf von Gold- und Silbermünzen und -waren untereinander mit dem heutigen Tag auf das strengste untersagt. Diejenigen Personen, welche während dreier Monate die in ihrem Besitze befindlichen Münzen und

Waren nicht abliefern, verkaufen oder verpfänden, sollten, wenn ihnen dieses nachgewiesen wird, mit ein bis zehn Jahren Zuchthaus bestraft werden; die Auslandschieber mit dem Tode. Es müßte mit dem Tode gehen, wenn die Regierung nicht eiligst Remedur schaffen könnte. Zum Schluß nur noch der letzte Ruf an die Regierung: „Ganzhaft, werde hart!“

A. B.-S.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Die Fortführung der Tarifverhandlungen. Da mehrere Beschlußprotokolle einstweilen nicht aufgenommen zu werden brauchten, sei über den Gang der Beratungen nur mitgeteilt, daß der Rest der zweiten Verhandlungswoche mit Kommissionsberatungen ausgefüllt worden ist. Die Experten der Parteien sind Ende voriger Woche eingetroffen und der dritten Kommission angegliedert. Die Kommissionsarbeiten haben allgemeine Fortsetzung in die dritte Verhandlungswoche hinein gefunden. Es ist auch am Sonntag gearbeitet worden, zum Teil wurden noch Sitzungen der Parteienvertreter unter sich angeschlossen. Morgens vor Aufnahme der Tätigkeit in den Kommissionen wird über die Arbeit am Tage vorher in jeder Partei berichtet. In den Kommissionsberatungen stellen sich wohl Schwierigkeiten ein bei den Punkten, wo das von vornherein erwartet werden konnte, jedoch sind schon mannigfache Verbesserungen erzielt worden, und zwar auch in Hauptfragen. Die Beschlüsse der Kommissionen unterliegen jedoch noch der Genehmigung des Plenums, dessen Beschlußfassung auch dieses oder jenes aus den Kommissionen überweisen wird. Wenn das Plenum zu dem Ergebnis der Kommissionsarbeiten Stellung nehmen könnte, war am Abend des 8. November noch nicht zu erwarten. Der Fortgang der Beratungen wird aber kräftig gefördert, obwohl durch den Streik der Elektrizitätsarbeiter seit Ende voriger Woche auch im Verhandlungshause des Tarifausschusses Lichtnot ausgebrochen ist. Den Kollegen ist dringend zu empfehlen, mit Stellungnahmen abzuwarten, bis der neue Tarif vorgelegt werden kann. Nach dessen Beschaffenheit sind erst die Tarifberatungen zu beurteilen, und das soll die Kollegenchaft durch Urabstimmung dann bekunden. Man sollte sich nicht durch das nicht höher zu erreichende gewesene Ausmaß der Feuerungszulage voreingenommen gegen das Gesamtresultat beeinflussen! Die Verhandlungsdauer ist in andern Gewerkschaften, wo die Tarifumgestaltung nicht einmal so umfangreich war, schon länger gewesen.

Nachahmungsverbot. Die Vereinsdruckerei Heilbronn, G. m. b. H. (Verlag des „Nährerboten“), in Heilbronn a. N. bewilligte ihrem Personal eine einmalige Wirtschaftsbefähigung, und zwar erhielten die Verheirateten den Betrag von 300 Mk., die Ledigen 225 bzw. 150 Mk. Auch das Hilfspersonal wurde entsprechend bedacht. Es kamen 31 Personen in Betracht.

Freies Nachquartier für reisende Kollegen. Die Mittelbehörde Bonn gewährt durchreisenden Kollegen freies Nachlager nebst Frühstück und Abendbrot. — Die Mittelbehörde Löwenberg (Schlesien) gewährt den durchreisenden Kollegen freies Nachquartier und Morgenkaffee. — Der Ortsverein Jēß gewährt durchreisenden Kollegen freie Schlafgelegenheit in der Gewerkschaftsherberge Lange, Scharrnstraße. Schlafmarken sind beim Ortskassierer Kollegen Rudolf Volke in Empfang zu nehmen.

Büchdrucker in öffentlichen Diensten. Als Gemeindevorsteher und Ehrenbeigeordneter in Völklingen (Saar) wurde Kollege Robert Sturm gewählt.

Weitere Herabsetzung der Druckpapierpreise. Nach einer neueren Bekanntmachung der Reichsstelle für Druckpapier wurden die Preise für Druckpapier ab 1. November bis 31. Dezember für Rollen- und Formatpapier um je 35,50 Mk. gegenüber den Septemberpreisen herabgesetzt. Seit 1. Juli d. J. ist damit der Preis um 110 Mk für 100 kg ermäßigt worden. Berechnet werden die Papierpreise nach den Preisen vor dem 1. Juli 1915, wozu noch ein Zuschlag von jezt 279,50 Mk. für Rollenpapier (maschinenlack, holzballig) und 287,50 Mk. für ebensolches Formatpapier kommt. Von den jetzigen Preisen wird noch eine gestaffelte staatliche Rückvergütung in Höhe bis zu 87 Mk. in Abzug gebracht. Es kostet demnach das Kilogramm Druckpapier immer noch etwa 2 Mk. mehr als vor dem 1. Juli 1915.

Bücher-Konsumgenossenschaften. Unter vorstehender Schirmherrschaft der „Vorwärts“ (Berlin) dieser Tage eine sehr beachtenswerte Anregung, der wir folgen möchten: Bei den Erörterungen der Büchermotiv ist der genossenschaftliche Gedanke kaum einmal ernstlich in Erwägung gezogen worden; und doch ist die genossenschaftliche Selbsthilfe vielleicht die erste Möglichkeit, um die minderbemittelten Volksschichten wieder zu erdwinglichen Preisen mit Büchern versorgen zu können. Der Buchhändler machte gern geltend, daß Bücher immerhin noch eine verhältnismäßig billige Ware sind und daß sie, wenn sie mit dem Sinken der Valuta und der allgemeinen Preiserhöhung Schritt gehalten hätten, heute das zehnfache Maß das Einzelstück kosten müßten. Demgegenüber bleibt zu bedenken, daß das Lebensbedürfnis der Allgemeinheit durchaus nicht so unbedingt ist, wie sich manche Leute gern glauben machen möchten, und daß eben darum das Buch, das für das kulturelle Leben so viel bedeutet wie die Kohle für das wirtschaftliche Leben, unter allen Umständen wofür sein muß. Ein Reklam-Selbstchen

höllet heute 1,50 Mk., ein Ansel-Bändchen 3,50 Mk., ein blauer Langemische 4,35 Mk., ein brauner 7,50 Mk. usw. Eine auch für die „Leute im Sinterhaute“ wohl leistungswerte Neuerscheinung wie das „Reisegebuch eines Philosophen“ vom Grafen Kesslerhof (durchaus nicht sehr hoffspiegel ausgefallen) nicht weniger als 144 Mk. Von jedem verkauften Buch erhält der Sortimentler einmal 30 bis 45 Proz. Rabatt, außerdem einen besonderen Sortimentierzuschlag von 20 Proz. Wenn also ein Käufer für ein Buch z. B. 12 Mk. zahlt, so steht allein der Mann hinter dem Ladentische davon 5 Mk. bzw. 6,50 Mk. in die eigene Tasche. Von den übrigen 7 Mk. bekommt derjenige, den das Geschäft am meisten angeht, nämlich der Verfasser, durchschnittlich 1 Mk. (10 Proz. vom Ladenpreis), der Rest bleibt dem Verleger. In den Herstellungskosten sind bekanntlich in vorheriger Reihe die Papierfabrikannten mit unabhörten Gewinnen beteiligt. Gelänge es einmal einem bestimmten Teile der Bücherhändler, durch genossenschaftlichen Zusammenstoß für sich den verfeinerten Apparat des Sortiments ganz auszuschaufen und das Buch aus dem Lager des Verlegers direkt dem Publikum zuzuführen, so würde sich damit der Preis sofort um mindestens ein Drittel verringern. Eine eigene Organisation brauchte nicht vollkommen neu geschaffen zu werden, da die bestehenden fertigen Organisationen, soweit sie sozial-kulturellen Zwecken dienen, nur zu einer Interessengemeinschaft mit einer gemeinsamen Spitze zusammenzufassen wären, z. B. die Volksbildungs- und Volkshochschulverbände, die Gewerkschaften, der Dürerbund, der neue „Bund der Erneuerung in wirtschaftlicher Gilt und Verantwortung“ usw. Da der reguläre Buchhandel dem Verleger, der die Büchergenossenschaft zu beliefern geneigt wäre, natürlich ohne weiteres mit dem Vorhof antworten würde und die Verleger andererseits bedingungslos in der starren Buchhandelsorganisation festgelegt sind, so ergäbe sich für die Genossenschaft die Notwendigkeit, auch die Geschäfte des Verlegers selbst zu übernehmen und einen eigenen Verlag zu gründen. Damit würde der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher abermals verkürzt, und die Unkosten, die auf das einzelne Buch entfallen, würden weiterhin verringert. . . . Soviel uns bekannt ist, werden ähnliche Reformen des Buchverlages schon seit längerer Zeit in einflussreichen Fachkreisen erwogen und auf ihre Durchführbarkeit geprüft. Es kommen jedoch außerordentliche Hemmnisse seitens der Buchhändler in Frage, die allen solchen Reformen sehr rüchtfähig gegenüberstehen und alle Sessel in Bewegung legen, um eine Schmälerung ihrer fetten Prämien zu verhindern. Das alles wird jedoch die in Frage kommenden Kreise nicht davon abhalten, in der Richtung der nun auch vom „Vorwärts“ ausgerufenen Neuorientierung auf dem Büchermarkt vorwärtszutreten, gewisse Abwehrbestrebungen der Buchhändler häufen sich in dieser Hinsicht zu einem äußerst reichhaltigen und charakteristischen Material, das auch im Interesse des Buchdruckerwerbes zu einer basigen Lösung dieses Problems drängt.

Privatekonomische Sowjetkonventionen. Vor einigen Wochen konnte man in der deutschen Tagespresse allerdings Erfreuliches wie Unerfreuliches über einen Milliardenvertrag für Lokomotiven durch die russische Sowjetregierung lesen. Zunächst handelte es sich um angebliche finanzielle Schwierigkeiten, die die Sache nicht recht in Fluß kommen ließen. Inzwischen hat sich aber dieser Milliardenvertrag hinter privatkapitalistischen Kulissen zu einem sehr charakteristischen Provisionsgeschäft entwickelt. Ursprünglich sollte nämlich der Auftrag durch die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde zur Ausübung skandinavischer Kreditgeschäfte genossenschaftliche „Deutschen Ökonomiegesellschaft“ übernommen und vergeben werden. Krafft, der Bevollmächtigte der Sowjetregierung, hatte Regien schon vor Monaten seine Zustimmung zu dieser Unterfertigung der russischen Verkehrsbedürfnisse gegeben und ihn um weitere Förderung der Angelegenheit gebeten. Da tauchte nun kürzlich auf einmal in Berlin ein Professor namens Lomonosoff als Vertreter des russischen Verkehrswezens auf, der seine Aufgabe darin zu erblicken schien, einen definitiven Abschluß des Lieferungsvertrags mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu verhindern. Er äußerte sehr merkwürdige Zweifel an der Möglichkeit der Durchführung der Lieferung auf gewerkschaftlicher Grundlage, und ließ sich auch durch alle sachverständigen Versicherungen der beiden Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Wilmann und Brandes), wonach der Lieferungsvertrag in vorteilhaftester Weise für die Sowjetregierung erfüllt werden sollte, vor seinen „Bedenken“ nicht abbringen. Er verstand es, mit sehr laubhaften Ausreden den Vertragsabschluss zu verhindern, und legte sich kurzerhand mit der Direktion der Lokomotivfabrik Henschel & Co. in Kassel in Verbindung, wo er zweibündig Lokomotiven bestellte, und bei der Firma Krupp machte er noch weitere Abschlüsse. Die Entwicklung und vorläufige Erledigung dieser Angelegenheit, die vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nur von ideellen Gesichtspunkten aus behandelt und auf ehrlichem und geradem Wege zum Abschluß zu bringen versucht wurde, läßt dagegen an der geschäftlichen Ehrlichkeit der russischen Unterhändler allerhand Zweifel aufkommen. Wir glauben nicht fehzugehen, wenn wir es offen aussprechen, daß dieser Lieferungsvertrag nur deshalb nicht auf gewerkschaftlicher Grundlage zum Abschluß kam, weil die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kein Verständnis für die „hohle Hand“ des russischen Vermittlers zu erkennen gaben. Wenn man in Betracht zieht, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes jede Garantie übernehmen konnte, um die Lieferung in völlig einwandfreier Weise durchzuführen, so bleibt für das eigenartige Verhalten des russischen Unterhändlers gar keine andre Deutung übrig.